

Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
22. Jahrgang | Nr. 4 / 2017

Zum ersten Mal repräsentativ: Tag der älteren Menschen

Fachtagung unter internationalen Aspekten in Banzkow



Sozialministerin Stefanie Drese und Bernd Rosenheinrich Vorsitzender des Landesseniorenbeirats

Zum ersten Mal ist in unserem Bundesland der Internationale Tag der älteren Menschen repräsentativ mit einer Fachkonferenz im Trend-Hotel in Banzkow bei Schwerin begangen worden. Es gibt ihn seit dem 19. Dezember 1990. Damals erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 1. Oktober zum „Welttag der älteren Menschen“. Seitdem sind zwei Weltaltenpläne (1982 Wien, 2002 Madrid) verabschiedet worden, die jeweils umfassend überarbeitet worden sind und die aktuelle Entwicklung in der internationalen Al-

tenpolitik widerspiegeln.

Im vergangenen Jahr wurde dieser Tag auf Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen in Magdeburg erstmals deutschlandweit begangen. Künftig soll dies alle zwei Jahre zentral erfolgen, zwischenzeitlich gibt es Veranstaltungen auf Landesebene und in den Kommunen.

„Die Ungleichheiten in der Einkommensstruktur verschärfen sich und Sparprogramme treffen in vielen Län-

Fortsetzung auf Seite 3

**Liebe Vereinsmitglieder,
verehrte Leser des
„Seniorenkuriers“,**

im Oktober wählten die Mitglieder des Landesseniorenbeirats für die folgenden vier Jahre einen neuen Vorstand. Zwei neue Vorstandsmitglieder begrüßen wir in unserer Mitte: Jürgen Lorenz aus dem Landkreis Rostock als neuen Schatzmeister und Ilona Mundt-Schalk aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim als Beisitzerin. Gegenwärtig werden Aufgaben und Zuständigkeiten im Vorstand neu verteilt, Leiter von Arbeitsgruppen gemäß Arbeitsplan neu festgelegt und unsere Vertreter in Gremien der Landesregierung neu bestimmt. Nächstens werden den Delegierten des 10. Altenparlaments 2018 die Entwürfe der Leitanträge zugeschickt. Diese sollten in deren Organisationen gründlich diskutiert und eventuelle Änderungsvorschläge an den Landesseniorenbeirat eingereicht werden. Die Arbeitsgruppen werden diese Vorschläge prüfen und gegebenenfalls in die Entwürfe einarbeiten. Die auf unserer Mitgliederversammlung für das Jahr 2018 beschlossenen neuen Aufgaben erfordern erneut viel ehrenamtliches Engagement unserer Mitglieder. Gehen wir gemeinsam an deren Lösung! Zum bevorstehenden Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel wünsche ich Ihnen ein paar erholsame und besinnliche Tage. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im Jahr 2018.

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	7	Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“
Seite	28	Aus Landkreisen und Städten
Seite	37	Dringende Sozialreformen werden angemahnt



Vitanas

TRADITIONELLER WEIHNACHTSMARKT

Sonntag, 10. Dezember 2017, 15 Uhr

Wir erwarten Sie zu unserem traditionellen Weihnachtsmarkt mit bunten Weihnachtsständen, stimmungsvoller Musik und leckerem Kuchen. Freuen Sie sich mit uns auf die Weihnachtszeit und stöbern Sie nach Geschenken für Ihre Lieben.

WIR FREUEN UNS AUF SIE!

Vitanas Senioren Centrum Im Casino

Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | www.vitanas.de/imcasino

Fortsetzung von Seite 1

dern die Älteren hart“, betonte Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender des Landesseniorenbeirats M-V, in seiner Begrüßung der rund 100 Teilnehmer. Das zeige sich vor allem in Europa und Nordamerika. Deutschland schneide im Bereich Arbeit und Bildung von Senioren am besten ab und liege insgesamt auf Platz drei. Schlechter stehe es um die Einkommenssicherheit; dort liege die Bundesrepublik auf Rang elf. „Frauen sind häufig doppelt benachteiligt. Sie werden nicht nur wegen des fortschreitenden Alters diskriminiert, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts. Ihr Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein, ist zudem um ein Vielfaches höher.“

Vor allem sollten ältere Menschen die Möglichkeit erhalten, an den Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, voll beteiligt zu werden. In unserem Bundesland wurde dem mit der Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes 2010 durch den Landtag Rechnung getragen. 2015 wurde das Gesetz entfristet, nachdem es sich in den ersten fünf Jahren bewährt hatte.

„Auf Landkreisebene haben wir überall funktionierende Kreiseniorenbeiräte“, hob der LSB-Vorsitzende hervor. „Leider setzt sich dies nicht auf kommunaler Ebene fort. Obwohl beispielsweise im Wettbewerb Seniorenfreundliche Kommune seit Jahren in der Regel Spitzenplätze von Kommunen belegt werden, die über gut funktionierende Beiräte verfügen und diese eine gute Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern und den Verwaltungen pflegen, hat sich dies noch nicht bis in alle Kommunen herumgesprochen, und nach wie vor sind Vorbehalte vorhanden.“

Mit den Altenparlamenten hätten Ältere die Möglichkeit, auf ihre Probleme und Vorstellungen aufmerksam zu machen und in Form von Leitanträgen den Fraktionen des Landtags Politikansätze zu liefern. „Wir müssen

jedoch aufpassen, dass diese Parlamente nicht zu einem bloßen Ritual verkommen und die Beschlüsse in Schubladen verschwinden.“

Diskriminierend sei außerdem, dass die Angleichung des Rentenwertes Ost an West erst 2025 vollzogen werden soll. Wer 1990 in Rente gegangen ist, würde die Angleichung erst erleben, wenn er 100 Jahre alt sein würde. Dabei sollten die in der DDR rechtmäßig erworbenen Alterssicherungsansprüche nicht vergessen werden, die rückwirkend nach Bundesrecht durch geringwertigere Rentenansprüche durch das Rentenüberleitungsgesetz 1991 ersetzt wurden. Zu den Betroffenen zählen hier auch die zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen, die mehrheitlich von Altersarmut betroffen sind.

„Bergleute, Reichsbahner oder in der DDR geschiedene Frauen planen deshalb für das nächste Jahr, 28 Jahre nach der Wiedervereinigung, gemeinsame Proteste gegen Rentenungerechtigkeit in Berlin.“

Gemeinsames Handeln in Tutow

„Unser Land braucht das Wissen der Älteren“, so eröffnete Beate Schlupp, Vizepräsidentin des Landtags, die Fachkonferenz. Sie wertete Altenparlament und Seniorenmitwirkungsgesetz als „wichtige Bausteine“ bei der Bewältigung der Anforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben.

Aus Neubrandenburg kam Dr. Peter Dehne, Professor für Planungsrecht/Baurecht an der dortigen Hochschule und Mitglied der Sachverständigenkommissionen zur Erstellung des Siebten Altenberichts und des Zweiten Engagementsberichts der Bundesregierung. „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern“ nannte er sein frei vorgetragenes Referat, ergänzt um eine in die Tiefe gehende Power Point-Präsentation. Selbstbestimmtes Leben

bis ins hohe Alter sei unabdingbar – das gelte besonders für den ländlichen Raum. Bloße Seniorennachmittage reichten nicht aus. „Verletzlich sind ältere Menschen vor allem durch abnehmende körperliche Leistungsfähigkeit sowie das wachsende Risiko, an einer chronischen Erkrankung zu leiden oder hilfe- und pflegebedürftig zu werden. Die erhöhte Verletzlichkeit darf aber nicht gleichgesetzt werden mit Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit generell.“ Erfahrungswissen müsse an die Nachkommen weitergegeben und die Verlässlichkeit der Älteren genutzt werden.

Zum Vorbild nahm der Gutachter die Gemeinde Tutow bei Anklam, in der das gemeinschaftliche Handeln von Politik und Gesellschaft gut funktioniert. „Aber wir brauchen mehr gute Beispiele für eine ländliche Quartiersentwicklung.“ Entscheidend für ein gutes Leben im Alter in der Gemeinschaft seien nicht nur die „kleinen Lebenskreise“ Familie, Nachbarschaft, Bekannte und Engagierte, sondern das Lebensumfeld insgesamt. Dies müsse gefördert und gestärkt werden und „zu einem erweiterten Verständnis von Land und kommunaler Daseinsvorsorge“ führen. Die Gemeinde werde damit „zum Schauplatz gelingender oder scheiternder Sorge“.

Bis 2035 werde die Anzahl der 65-Jährigen um bis zu 60 Prozent zunehmen. Der Jahrgang 1955 wird dann 80 Jahre alt sein. 2028 werden in Ostdeutschland zehn Dreißig- bis Vierzighährige auf 22 Sechzig- bis Siebzighährige kommen. „Es bleiben uns also höchstens zehn bis 15 Jahre zum Aufbau von solidarischen Gemeinschaften“, so Prof. Dehne.

Einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in der internationalen Altenpolitik gab unter dem Motto „15 Jahre Zweiter Weltaltenplan der Vereinten Nationen“ Silke Leicht, Leite-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

rin der Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der BAGSO in Bonn. Als Teilnehmerin an der Ministerkonferenz vor wenigen Wochen in Lissabon, die den Zweiten Weltaltenplan überprüfte, berichtete sie über die unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Staaten und die Bezüge zur Agenda 2030. „Die Ministererklärung Lissabon 2017 stellt drei Schwerpunkte ins Blickfeld“, sagte sie. „Die Potenziale des längeren Lebens erkennen; Längeres Arbeitsleben und Arbeitsfähigkeit fördern sowie Altern in Würde.“ Zur Erklärung der Zivilgesellschaft Lissabon 2017 gehören: Schutz der Menschenrechte, keine Altersdiskriminierung, Recht zu arbeiten, flexibler Renteneintritt, Alterssicherung, Gender-Perspektive sowie Zugang zu adäquater gesundheitlicher Versorgung und Pflege. Der Zweite Weltaltenplan sei rechtlich nicht bindend, die Umsetzung erfolge auf freiwilliger Basis. (Siehe auch Seite 37)

Sozialministerin im Gespräch

Nach der Mittagspause stellte sich Sozialministerin Stefanie Drese in ungezwungener Runde den Fragen der Teilnehmer, die aus dem gesamten Bundesland angereist waren. Zuvor würdigte sie „die Leistungen der älteren Generation und deren Gewinn für unsere Gesellschaft“ und betonte: „Mir kommen die Chancen des demografischen Wandels viel zu kurz. Wir sollten viel mehr als bisher die Reserven und Potenziale unserer älteren Menschen nutzen und eine Politik gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren im Land gestalten. Älter werden, heißt doch nicht Beiseitetreten, sondern bedeutet die Chance, sich verstärkt einzubringen, Erfahrungen weiterzugeben, aktiv zu bleiben, mehr Zeit zu haben.“

Dann wandte sie sich an die Vertreterinnen und Vertreter der Seniorenbeiräte: „Sie können eine wertvolle



Mit einem Stand präsent war auch das Landeskriminalamt. Siegfried Schulz (Zweiter von links), Seniorensicherheitsberater und ehemaliger Kriminalbeamter der Behörde, informierte über das landesweite Präventionsprojekt „Senioren-sicherheitsberater M-V“ sowie über Kriminalitätsrisiken und Schutzmöglichkeiten im Alter.

Unterstützung für Politik und Verwaltung sein. Sie sollen vor Ort die Politik in seniorenpolitischen Fragen beraten und konkrete Vorschläge unterbreiten, die die Rahmenbedingungen der Seniorinnen und Senioren vor Ort verbessern. Für mich steht fest: Eine gute Seniorenpolitik ist immer auch eine gute Sozialpolitik.“ Die Sozialministerin lehnte es ab, „in Schubladen zu denken“. Gebraucht würden in Städten und Gemeinden „Rahmenbedingungen, die für alle Generationen von Bedeutung sind und nicht nur eine einzelne Gruppe in den Mittelpunkt stellt.“ Dazu gehörten zum einen hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Verwaltungen sowie in den Vereinen, Verbänden und Organisationen, zum anderen engagementfördernde Einrichtungen, wie Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftseinrichtungen, Mitmachzentralen, Mehrgenerationenhäuser, Freizeittreffs und Seniorbüros.

„Das bürgerschaftliche Engagement hat in unserem Land einen erheblichen Aufschwung erfahren. Die Engagementquote in Mecklenburg-Vorpommern hat sich von 28,9 im Jahr 1999 auf 42,8 Prozent 2014 erhöht. Im Vergleich mit den neuen Bundesländern liegen wir damit an

erster Stelle, und auch im Bundesvergleich können wir uns durchaus sehen lassen.“

Die Diskussionen um die Generationengerechtigkeit, bei denen es immer wieder um Verteilungsaspekte gehe, würden den allgemeinen Problemen nicht gerecht. „Ich sage ganz deutlich: Wir müssen den Generationendialog neu denken. Es geht künftig um die Frage, welche Konsequenzen ziehen die Verantwortlichen in der Politik, in der Wirtschaft und in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen aus der Bevölkerungsentwicklung, und werden wir es gemeinsam schaffen, die bestehenden Chancen zu nutzen? Auch die Wirtschaft wird sich künftig überlegen müssen, inwieweit sie auf das Expertenwissen der erfahrenen älteren Mitarbeiter verzichten kann, wenn junge Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zur Verfügung stehen. Und wie können diese Menschen motiviert werden, nicht frühzeitig aus dem Arbeitsprozess auszusteigen. Die Fixierung auf die Menschen bis 40 muss endlich ein Ende haben.“ In der lebhaften Diskussion forderte Karin Lechner, Vorsitzende des Kreis-seniorenbeirats Nordwestmecklenburg und LSB-Vorstandsmitglied, mehr Beachtung und Wertschätzung

der ehrenamtlichen Tätigkeit, während Peter Lundershausen, Vorsitzender des Seniorenbeirats Neubrandenburg, mahnte, die Ergebnisse der Enquetekommission des Landtags 2012 bis 2016 nicht in Schubladen verschwinden zu lassen. Siegfried Schwinn, Vorsitzender des Seniorenbeirats Schwerin, bemängelte, dass in der Landeshauptstadt ein seniorenpolitisches Konzept fehle. Jörg Heydorn, Vorsitzender der Enquetekommission und Mitglied der SPD im Landtag, teilte mit, dass für ländliche

Regionen geplant sei, Dorfläden zugleich als Begegnungsstätten für die Einwohner zu schaffen.

Gleichsam eine Brücke von der Fach zur jährlichen Herbsttagung schlug der Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern, der sich als Kooperationspartner des Landessenorenbeirats vorstellte. Prof. Dr. sc. med. vet. Wolfgang Methling (Rostock), 1. Stellvertretender Vorsitzender und von 1998 bis 2006 Umweltminister von M-V, erläuterte die Aufgaben des am 27. Mai 2015 in Witzin bei Crivitz ge-

gründeten gemeinnützigen Vereins. Seine Wirkungsbereiche sind die Förderung von Kultur und Niederdeutsch, von Landes-, Regional- und Lokalgeschichte, eingebettet in eine nationale und europäische Dimension. „Wir verstehen unter Heimat die konkrete, soziale, kulturelle und natürliche Umwelt, in die die Bürger hineinwachsen oder hineinkommen, die ihnen besonders vertraut ist oder zu der sie eine Vertrautheit und enge Bindung aufbauen wollen“, sagte Prof. Methling. ric

Anspruchsvolle Aufgaben auch für 2018

Wie jedes Jahr im Herbst: Mitgliederversammlung im Trend-Hotel in Banzkow

Eine rege Diskussion bestimmte den Ablauf der jährlich im Herbst stattfindenden Mitgliederversammlung des Landessenorenbeirats, ebenfalls im Trend-Hotel in Banzkow. Den Rechenschaftsbericht des Vorstands legte dessen Vorsitzender Bernd Rosenheinrich vor. Aus seinen Darlegungen wurde deutlich, wie vielfältig und umfangreich die Arbeit der einzelnen Mitglieder ist. Hervorgehoben wurde, dass die guten Ergebnisse nur durch das Engagement Aller erreicht werden konnten.

In der anschließenden Diskussion bestätigten die Redner den Inhalt des Berichts und zeigten die zahlreichen Möglichkeiten auf, die sich aus der ehrenamtlichen Arbeit innerhalb des bürgerlichen Engagements ergeben. Auch der Arbeitsplan für 2018 ist geprägt von anspruchsvollen Aufgaben, die es nun mit Leben zu erfüllen gilt. Den Finanzbericht für das Jahr 2016 gab die Schatzmeisterin Karin Lechner, gleichzeitig legte sie den Haushaltsplan für 2018 vor. Danach teilte Kassenprüfer Günter Schult mit, dass bei



Der neu gewählte Vorstand (v. l. n. r.): Karin Lechner, Siegfried Schwinn, Brigitte Seifert, Ilona Mundt-Schalk, Bernd Rosenheinrich, Monika Schmidt und Jürgen Lorenz

allen Belegen und Buchungen keine Fehler bzw. Unachtsamkeiten festgestellt wurden. Durch die Zustimmung der Mitglieder wurde der Vorstand für das Berichtsjahr 2016 entlastet. Ein

weiterer Höhepunkt war die Wahl des Vorstands und der Kassenprüfer, sie sowie der Arbeitsplan 2018 werden auf den Seiten 6, 9 und 10 vorgestellt.

Jürgen Lorenz, Schatzmeister

Wer die Posaune der Trübsal bläst, überhört die kleine Flöte der Freude.

Don Bosco, ital. Jugendzieher (1815-1888)



Vorsitzender

Bernd Rosenheinrich

Mühlentwiete 13
19059 Schwerin
Tel.: 0385 - 2181910
E-Mail: bernd@rosenheinrich-sn.de

Vorstandswahlen 2017

Am 11. Oktober 2017

wählte die Mitgliederversammlung
den neuen Vorstand des
Landessenorenbeirats M-V e.V.



Stellv. Vorsitzender

Siegfried Schwinn

Mecklenburgstraße 95
19053 Schwerin
Tel.: 0385 - 3976456
E-Mail: sschwinn42@aol.com



Stellv. Vorsitzende

Brigitte Seifert

Lindenstraße 14
17309 Dargitz
Tel.: 03976 - 238214
E-Mail: hdbg@volkssolidaritaet.de



Schatzmeister

Jürgen Lorenz

Rostocker Chaussee 64
18273 Güstrow
Tel.: 03843 - 214729
E-Mail: lorenzjuergen@arcor.de



Beisitzerin

Karin Lechner

Bürgermeister-Haupt-Straße 67
23699 Wismar
Tel.: 03841 - 763992
E-Mail: karinlechner@web.de



Beisitzerin

Ilona Mundt-Schalk

über Büro für Chancengleichheit
Putlitzer Straße 25 / 19370 Parchim
Tel.: 03871 - 7221605
E-Mail: anett.nuklies@kreis-lup.de



Beisitzerin

Monika Schmidt

Antwerpener Straße 21
18109 Rostock
Tel.: 0381 - 77878471
E-Mail: mschmidt183560@gmx.de

Als Kassenprüfer wurden gewählt:

Dr. Helmut Kreuzer

Speicherstraße 25
19055 Schwerin

Brigitta Hilscher

Fasanenweg 22
23946 Boltenhagen

Peter Lundershausen

Friedländer-Str. 18
17033 Neubrandenburg

Zehn Gemeinden machten das Rennen

Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ stärkt den sozialen Zusammenhalt



Zum vierten Mal – nach 2007, 2010 und 2014 – hatten in diesem Jahr das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung sowie der Landesseniorenbeirat M-V den Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ ausgeteilt. 20 Kommunen nahmen daran teil, zehn wurden geehrt.

Umrahmt vom Bläserquintett des Landespolizeiorchesters, fand die Auszeichnung durch Ministerin Stefanie Drese und den Vorsitzenden des Landesseniorenbeirats Bernd Rosenheinrich Anfang November auf einer gemeinsamen Festveranstaltung in den Schweriner „Ritterstuben“ statt. „Mit dem Wettbewerb wollen wir die Städte und Gemeinden sensibilisieren, sich mit der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Tatsache, dass es immer mehr ältere Menschen in unserem Land gibt, auseinanderzusetzen“, betonte die Ministerin. Ge-

würdigt wurden Beispiele, die zeigen, dass der demografische Wandel positiv gestaltet werden könne und den sozialen Zusammenhalt vor Ort stärke. „Unser Land wäre ohne unsere älteren Menschen, ohne ihr Engagement und ihre Erfahrungen um Vieles ärmer. Viele Seniorinnen und Senioren leisten bis ins hohe Alter einen unschätzbaren und wichtigen Beitrag für unser Gemeinwohl.“

In seiner Begrüßung hatte LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich hervorgehoben: „Bei allen Preisträgern sind die Grundlage des Erfolgs hervorragend arbeitende Seniorenbeiräte und eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit der jeweiligen Verwaltung, oftmals mit den Bürgermeistern persönlich, sowie mit den gewählten Gemeinde- oder Stadtvertretern.“ Besonders erwähnenswert sei die enge Zusammenarbeit der Vereine und Verbände und Seniorenorganisationen in diesen Bei-

räten, echte Netzwerke mit gleichen Zielen im Interesse ihrer älteren Mitglieder. „Die hier anwesenden Vertreter der kommunalen Beiräte haben durch ihre verantwortungsbewusste Arbeit bewiesen, dass das Vertrauen der Landesregierung in die Senioren des Landes mit Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes im Jahr 2010 nicht unbegründet war.“

Bewertungskriterien des Wettbewerbs waren: Kommunale Strategien, Wohnen im Alter, seniorengerechte Infrastruktur sowie Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. Die Ausschreibung erfolgte in drei Kategorien: bis 2.000; 2.001 bis 8.000 sowie über 8.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zur Bewertung wurde eine Jury berufen, die aus Vertreterinnen und Vertretern des Landesseniorenbeirats, des Landesrings des Deut-

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

schen Seniorenrings, des Städte- und Gemeindetages sowie des Sozialministeriums bestand.

In der Kategorie bis 2.000 Einwohner ging der erste Platz an die Gemeinde Lohmen im Landkreis Rostock, der zweite an das Ostseebad Wustrow auf dem Fischland und der dritte Platz nach Warsow bei Schwerin. In der Kategorie bis 8.000 Einwohner belegte Sternberg den ersten Platz, der zweite Platz ging nach Sanitz im Landkreis Rostock und der dritte Platz an die Gemeinde Ostseebad Insel Poel. Bei den Kommunen mit mehr als 8.000 Einwohnern errang Stralsund den ersten Platz, es folgten Greifswald und Bad Doberan. Außerdem vergab die Jury einen Innovationspreis an die Gemeinde Bentwisch im Landkreis Rostock.

Die ersten Plätze sind mit jeweils 2.000 Euro dotiert, die zweiten sowie der Sonderpreis mit jeweils 1.000 und die dritten Plätze mit jeweils 500 Euro.

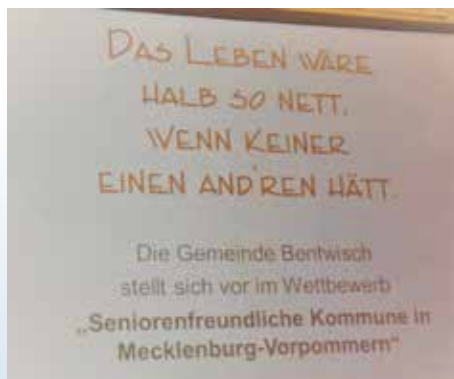
Die Festveranstaltung in der Landes-

hauptstadt nutzte die Gemeinde Bentwisch, sich mit ihrem im vergangenen Jahr fertiggestellten „Bürgerhus Bentwisch“ und dem „Bürgergarten“ vorzustellen. In dem Ort nahe Rostock wird die Kommunalpolitik seit mehr als 25 Jahren maßgeblich von Seniorinnen und Senioren getragen: Alle vier „Nachwende“-Bürgermeister waren oder sind im Seniorenalter, und in der gegenwärtigen Gemeindevertretung haben fünf der zwölf Abgeordneten die 65 erreicht. Im „Bürgerhus“ sind 16 alters- und weitgehend auch behindertengerecht gestaltete Zwei-Raum-Wohnungen entstanden. Vor kurzem entstand ein Mehrgenerationenspiel-

platz, und der „Bürgergarten“ setzt Gartentherapie in der Altenhilfe in die Praxis um. „Regelmäßige körperliche Aktivität an der frischen Luft, die intensive Beziehung zu den Prozessen von Werden, Wachsen, Reifen und Vergehen stärken Körper und Psyche“, meint der Rostocker Gärtner und Landschaftsarchitekt Dipl.-Ing. Thomas Henschel, der den Garten gestaltete. „Viele Demenzpatienten reagieren mit allen Sinnen auf Garten, Pflanze und Erde.“ Bürgermeisterin Susanne Strübing ergänzt: „Wohnen und Gewerbe haben bei uns zu einer Einheit gefunden.“

Vertreter der Seniorenorganisationen in unserem Bundesland bereiten gegenwärtig in drei Arbeitsgruppen gemeinsam das 10. Altenparlament vor, das am 6. Juni 2018 im neuen Plenarsaal des Landtags stattfinden soll. Die Themen sind: „Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raums“, „Prävention – Sport und Gesundheit“ und „Erhöhung der Medienkompetenz Älterer“.

ric



Arbeitsplan des Landesseniorenbeirats M-V e. V. für das Jahr 2018

Grundlage des Arbeitsplans des Landesseniorenbeirats M-V ist das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V - SenMitwG M-V) vom 26. Juli 2010. Für das Jahr 2018 stellen wir uns folgende Aufgaben:

1. Konsultationen mit den Fraktionen der demokratischen Parteien des Landtags zu gesellschaftlichen Themen, wie z.B. die Umsetzung der Beschlüsse des 9. Altenparlaments, die Vorbereitung und Durchführung des 10. Altenparlaments, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission und die Teilnahme an Anhörungen der Landtagsausschüsse zu Gesetzentwürfen und Sachthemen.

2. Leitung des Organisationskomitees zur Vorbereitung und Durchführung des 10. Altenparlaments M-V am 6. Juni 2018 durch Mitwirkung in den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Leiteträge und maßgeblicher Mitarbeit des LSB M-V e.V. bei organisatorischen Aufgaben in Abstimmung mit der Landtagsverwaltung.

3. Regelmäßige Konsultationen mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei M-V und den Ministerien in M-V, insbesondere dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V, Erarbeiten von Stellungnahmen und Empfehlungen zu Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, Program-

men und Plänen zur Gestaltung der Seniorenpolitik sowie der Wirksamkeit des SenMitwG.

4. Unterstützung der Seniorenbeiräte bei der Organisation der Arbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Kommunen sowie bei der Bildung weiterer Seniorenbeiräte in den Kommunen und die Erfassung vorhandener Beiräte. Durchführung von gemeinsamen Arbeitsberatungen und Erfahrungsaustauschen mit kommunalen Seniorenbeiräten.

5. Durchführung von thematischen Regionalkonferenzen und zweitägigen Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen und Beförderung des Generationendialogs auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder untereinander.

6. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landesseniorenbeirats M-V auf Landesebene auf der Grundlage des gemeinsamen Positionspapiers vom März 2004 und Gewinnung neuer Partner

7. Fortführung des Generationendialogs gemeinsam mit dem Landesjugendring M-V in den Landkreisen und Kommunen.

8. Mitwirkung am Prozess zur Weiterentwicklung der Demografiestrategie des Landes sowie im Beirat zur Umsetzung des Geriatrieplans (Geriatrie: Altersheilkunde).

9. Mitarbeit bei der Erarbeitung von Stadt- und Kreisentwicklungskonzepten durch die kommunalen Bei-

räte zur Berücksichtigung seniorenpolitischer Forderungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeit der Enquetekommission „Älter werden in M-V“.

10. Bildung/Neubildung von Arbeitsgruppen im Landesseniorenbeirat nach den Vorstandswahlen zu

- Gesundheit/Pflege
- Bildung/Kultur/Senioren- und Rehasport
- Förderung der Medienkompetenz Älterer
- Recht/Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen

durch die Gewinnung von Arbeitsgruppenleitern.

11. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren durch:

- Mitarbeit in und Leitung der AG „Senioren-sicherheit“ des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und Verkehrssicherheit und im Vorstand des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung.
- halbjährlichen Gedankenaustausch der Mitglieder der AG „Wohnen und Senioren-sicherheit“ des LSB und Aufbau eines Netzwerks unter Einbeziehung weiterer regionaler Partner.
- Fortführung des erfolgreichen Projekts „Senioren-sicherheitsberater“ mit pensionierten Polizeibeamten gemeinsam mit dem Landeskriminalamt, den Polizeipräsidien und Kreispräventionsräten.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

12. Neubesetzung und Mitarbeit in folgenden Gremien:

- Landespflegeausschuss
- Verbraucherschutz im Justiz- und Landwirtschaftsministerium
- Strategiegruppe III Gesundes Alter(n) des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft des Landes M-V
- Verkehrssicherheitskommission
- VMV-Konferenzen
- Projekt: Kontrolle Verbraucherfreundlichkeit von Pflegeheimen durch Heimaufsicht e.V.
- Landeskoordinierungsgruppe „bürgerschaftliches Engagement“
- Medienkompetenz-Netzwerk Medienaktiv M-V
- Aktionsbündnis für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
- Forum Ländliche Entwicklung und Demografie
- Kuratorium der Ehrenamtsstiftung M-V

13. Unsere Mitgliedschaft in der BAG LSV nutzen wir, um seniorenpolitische

Themen gemeinsam auf die Tagesordnung der Politik auf der Bundesebene zu setzen und uns für deren Durchsetzung um Mehrheiten zu bemühen. Weiterführung von Erfahrungsaustauschen mit Landessenorenvertretungen und Schaffung von Netzwerken mit gemeinsamen Interessen.

14. Aktive Mitarbeit in der Regionalkonferenz der Landessenorenvertretungen der ostdeutschen Länder, um spezifisch ostdeutsche Themen zu artikulieren.

15. Unterstützung der Projektarbeit von Senior-Trainern durch die Seniorenbeiräte der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte.

16. Ausbau der Beziehungen zu weiteren Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V (Europäisches Integrationszentrum, Landesarmutskonferenz, Behindertenverband) und bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen (BAGSO, Nationale Armutskonferenz usw.).

17. Mitarbeit in der LAG Vorbereitung und Durchführung von Ehrenamtsmessen in M-V beim Deutschen Roten Kreuz Landesverband bzw. den Landkreisen.

18. Mitwirkung bei der Organisation und Durchführung der 4. Landes-seniorentage in M-V.

19. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für Seniorenpolitik durch

- Kontakt zu den Medien
- Neuauflage der Herausgabe eines Newsletters zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik aus Europa, Bund und Ländern
- Vierteljährliche Herausgabe des „Seniorenkuriers“, Einordnung ständiger Themen, wie Seniorensicherheit, Ernährung, Pflegestützpunkte, Verbraucherschutz
- Neugestaltung und Pflege der Homepage

Banzkow, 11.10.2017

Wortmeldung:

Enkeltrick – nein danke!

Es geht um die ehrenamtliche und kostenfreie Beratung von Vereinen, Verbänden und Seniorengruppen in M-V. Man liest es mindestens einmal im Monat in der Zeitung mit großer Überschrift: Wieder einmal ein „Enkeltrick gelungen“. Aufgrund unzureichender Vorsichtsmaßnahmen und des großen Vertrauens werden ältere Leute gar nicht selten Opfer von Dieben und Betrügern. Um diesen Fällen vorzubeugen, gibt es die Senioren-Sicherheitsberater. Diese bieten interessante, kurzweilige Vorträge an, die zur Handlungssicherheit von Senioren führen und der Reduzierung von Straftaten und Verkehrsunfällen führen sol-

len. Vor allem soll das Sicherheitsgefühl der älteren Menschen gestärkt werden.

Es gibt drei Themen für Vorträge:

„Seniorensicherheit im Alltag“: Wie verhält man sich an der Haustür, Taschendiebstahl, Gewinnbenachrichtigungen, Schutz vor Einbruch in Haus und Wohnung.

„Senioren im Straßenverkehr – aber sicher“: Senioren als Fußgänger, Kraftfahrer, Radfahrer und Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs.

„Senioren im Internet – aber sicher“: Sicherheit im Internet, kommunizieren mit E-Mail, einkaufen und bezahlen im Netz.

Aufgrund vieler wiederkehrender Vorfälle hat die Landespolizei M-V und der Landessenorenbeirat das Präventionsobjekt „Seniorensicherheitsberater MV“ ins Leben gerufen. Pensionierte Polizeibeamte übernehmen als Senioren-Sicherheitsberater ehrenamtlich schon seit 2015 die Präventionsarbeit mit Senioren. Sie halten Vorträge und führen Beratungsgespräche durch. Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstellenleiterin des Landessenorenbeirats, Anett Müller. Sie gibt Ihnen gern Auskunft. Zu erreichen ist sie unter Telefon: 0385-5 55 79 70.

Siegfried Schwinn

Abschied von Barbara Grimm

Vor kurzem erhielten wir die Nachricht, dass Barbara Grimm aus Stralsund, Vorstandsmitglied und Schriftführerin im Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern von 2005 bis 2009, am 6. Oktober im Alter von 76 Jahren gestorben ist. In der Hansestadt hatte sie 1993 den Seniorenbeirat mitbegründet und gehörte ihm viele Jahre als Vorstandsmitglied an. Sie war sehr aktiv für die Arbeitsgemeinschaft Soziales und Gesundheit tätig, teilte uns Riko Busch vom gegenwärtigen Seniorenbeirat mit. Außerdem wirkte sie als Delegierte im Regionalzentrum Stralsund der Caritas Vorpommern.

Brigitte Paetow, langjährige LSB-Vorsitzende und heutiges Ehrenmitglied, erinnert sich: „Obwohl unsere offizielle Zusammenarbeit schon 2009 endete, hatten wir noch weiterhin persönlichen Kontakt, der jedoch auf Grund ihrer fortschreitenden Krankheit immer seltener wurde.“



In ihrer letzten E-Mail, das war im Sommer 2015, schrieb sie, dass sie unter der schon deutlich bemerkbaren Hilfebedürftigkeit litt, ihre Gedanken aber trotzdem immer noch mit der ehrenamtlichen Seniorenpolitik verbunden waren. Sich engagieren, für ein Ziel kämpfen und nicht aufgeben – das bewies sie in der Vorstandsarbeit als Protokollantin, bei der Mitwirkung in Altenparlamenten, bei der organisatorischen

Vorbereitung von Regionalkonferenzen in der Region Stralsund sowie bei der Durchführung von Workshops mit von Armut betroffenen Senioren. Dadurch erwies sie sich als wertvolle Stütze in der Arbeit unseres Vorstands. Ihre Aufforderung: „Kämpft weiter – es lohnt sich!“ als Resümee ihres engagierten Lebens ist mir und uns weiterhin Ansporn und Verpflichtung, daran mitzuwirken, das Alt- und Älterwerden in Würde in unserem Bundesland weiterhin auszugestalten.“

Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

Arbeitsberatungen im ersten Quartal 2018: 9. Januar, 6. Februar und 13. März

Regionalkonferenzen: 21. März in Rostock, 28. März in Greifswald mit Justizministerin Katy Hoffmeister

Kooperationstreffen: 5. März

Seniorenbeiräte: Breit gefächerte Aufgaben

Das Periodikum *Informationen zur politischen Bildung*, das von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Bonn herausgegeben wird, definiert in Heft 333 – 2/2017 den Begriff „Seniorenbeirat“ so:

Seniorenbeiräte gehören zu den freiwilligen Einrichtungen von Kommunen. Die darin wirkenden Personen werden entweder von den Seniorinnen und Senioren einer Kommune gewählt, von Politik und Verwaltung ernannt oder von Seniorenorganisationen delegiert. Seni-

orenbeiräte vertreten die Interessen von Menschen ab 60 Jahren gegenüber Politik und Verwaltung – leisten darüber hinaus aber noch wesentlich mehr, indem sie beispielsweise an so genannten Altenplänen mitwirken, also kommunale Hilfen für alte Menschen entwerfen oder die Trägerschaft für Seniorenbegegnungsstätten einnehmen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte von Seniorenbeiräten sind weit gefächert. Sie setzen sich ein für die Verbesserung des Hilfesystems (Pflege und Be-

ratung), aber auch für Barrierefreiheit in der Gemeinde, für die Erhöhung der Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume und Wege (z. B. durch Sitzgelegenheiten oder Fitness- und Bewegungsangebote) oder für Verkehrsberuhigung. Ihr Engagement gilt ebenso der Verbesserung von Infrastruktur, also von Geschäften, Arztpraxen, Apotheken, Banken oder des ÖPNV, und kommt daher nicht nur Senioren zu Gute, sondern insbesondere auch Menschen mit Behinderungen oder Kindern. ■

Zusammenhalt der Menschen vor Ort

Zehn Jahre Mehrgenerationshaus in Schwerin / Sozialministerin Gast beim Jubiläum

Sozialministerin Drese hob kürzlich die Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser als Informations- und Beratungszentrum und als Treffpunkt für Menschen aller Generationen hervor. Anlässlich ihres Besuchs zum zehnjährigen Bestehen des Mehrgenerationenhauses Schwerin betonte sie: „Sie stehen vor allem Familien, aber auch Zugewanderten und Senioren unkompliziert und unbürokratisch mit Rat und Tat zur Seite. Mecklenburg-Vorpommern verfügt bereits über 25

Mehrgenerationenhäuser, die sich fest etabliert haben.“

Das Haus Schwerin ist, in Trägerschaft des Internationalen Bundes, Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger der gesamten Stadt, besonders aber aus den Stadtteilen Mueßer Holz und Neu Zippendorf. „Es fördert den Dialog und die Bürgerbeteiligung und stärkt damit den sozialen Zusammenhalt der Menschen vor Ort“, so die Ministerin. 14 ständige Angebotsgruppen werden von ehrenamtlich Tätigen begleitet – darunter der

Offene Treff, ein Seniorenclub, Krabbelgruppen oder Hausaufgabenhilfen. Ein weiterer Schwerpunkt des Hauses liegt in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten. „Wir erleben in Schwerin eine lebendige Vernetzung mit weiteren Akteuren in der Stadt, wie Verbänden oder Kultur- und Bildungseinrichtungen. Dabei entstehen Synergien.“

Durch das am 1. Januar 2017 gestartete neue Bundesprogramm können Mehrgenerationenhäuser bis 2020 jährlich 40.000 Euro Förderung erhalten. ■

Immer noch 50 Cent weniger

Gleicher Pflegemindestlohn muss in ganz Deutschland gelten

Dieser Tage hat Sozialministerin Stefanie Drese auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz des Bundes und der Länder in Potsdam einen Antrag für einen bundesweit einheitlichen Pflegemindestlohn eingebracht. Grund dafür ist die Festschreibung regionaler Differenzierungen in der Pflegebranche bis 2020. Auf Empfehlung der Pflegekommission des Bundes soll hier der Mindestlohn in den

nächsten drei Jahren von bisher 10,20 schrittweise auf 11,35 im Westen und von 9,50 auf 10,85 Euro im Osten steigen. Damit würde sich der Lohnunterschied zwischen Ost und West lediglich von 70 auf 50 Cent verringern. Drese: „Ich halte die Festschreibung unterschiedlicher Mindestlohnsätze in Ost und West im Pflegebereich bis 2020 für nicht akzeptabel. Das ist 30 Jahre nach der Einheit den Menschen

im Osten einfach nicht mehr vermittelbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ambulanten, teilstationären oder stationären Einrichtungen leisten tagtäglich eine körperlich und psychisch belastende, professionelle und verantwortungsvolle Arbeit – egal, ob in Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern. Ich will das nicht hinnehmen!“ ■

Im Bundesvergleich beispielgebend

seniorTrainerinnen und -trainer sind ein großer Gewinn für unsere Gesellschaft

Seit 2002 wurden in Mecklenburg-Vorpommern über 600 seniorTrainerinnen und seniorTrainer ausgebildet und qualifiziert. Auf diese beeindruckende Zahl wies Ministerin Stefanie Drese auf der Festveranstaltung zum 15-jährigen Bestehen der Senior-Trainerausbildung im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin hin. Sie begann mit einem Modellprojekt „Erfahrungswissen für Initiativen“, das vom Bundesministerium für Familien und Senioren initiiert worden war, und fand ihre Fortsetzung

in modifizierter Form als Landesprojekt „Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als seniorTrainer/in“.

Besondere Verdienste erwarb sich dabei Helga Bomplitz vom Landesring des Deutschen Senioren rings e. V. „Ihrem hohen persönlichen Engagement ist es zu verdanken, dass das Projekt in unserem Land zu einem Erfolgsprojekt geworden ist und auch über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung erfährt“, sagte Ministerin Drese. „Es geht darum,

Seniorinnen und Senioren so auszubilden, dass sie danach Initiativen, Vereine, Gruppen und Projekte unterstützen, beraten und begleiten können.“

Für die Begleitung und Anleitung stehen sieben Agenturen (Universität – Rostocker Seniorenakademie, Seniorenbüro Schwerin, Seniorenbüro Neubrandenburg, Greifswald Bürgerhafen, Mehrgenerationenhaus Stralsund, Familienzentrum Neustrelitz e. V. und Mehrgenerationenhaus Torgelow) zur Verfügung. ■

Höhere Löhne und attraktivere Arbeitsbedingungen

Appell an die ambulanten Dienste und stationären Einrichtungen

Sozialministerin Drese besuchte kürzlich in Rostock den „Unternehmertag Pflege 2017“ Mecklenburg-Vorpommern des Bundesverbands Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen. Dabei sprach sie sich für eine Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs und eine Stärkung der Pflege in unserem Bundesland aus, wobei sie auf Reformen im Dritten Pflege-stärkungsgesetz und im Landespflegegesetz verwies. Ende 2015 waren

hier über 79.000 Personen pflegebedürftig – 6700 mehr als noch zwei Jahre zuvor, Tendenz: weiter steigend. „Dem Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, folgen wir in Mecklenburg-Vorpommern mit unserem Grundsatz Ambulant vor stationär“, so Drese. Daher setze das Land auf die weitere Stärkung der häuslichen, ambulanten und teilstationären Pflege, u.a. durch

weitere Pflegestützpunkte mit Beratung und Hilfsangeboten für Pflegebedürftige und Angehörige. Die Ministerin appellierte an die Unternehmen: „Wir brauchen höhere Löhne und attraktivere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte in unserem Land.“ Gerade in Mecklenburg-Vorpommern würden viele Absolventen nach ihrer erfolgreichen Ausbildung in andere Bundesländer abwandern. ■

Wichtig und unverzichtbar in der sozialen Arbeit

Wertschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands durch die Sozialministerin

Auf der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands als einem der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in M-V hob Sozialministerin Drese hervor: „Wir stehen gemeinsam für einen starken und leistungsfähigen Sozialstaat sowie für eine gute und funktionierende Kinder-, Jugend-, Behinderten- und Altenhilfe. Das möchte ich mit Blick auf bestimmte politische Kräfte

im Land, die die freie Wohlfahrtspflege pauschal attackieren und unter Generalverdacht der Kungelei stellen, ausdrücklich betonen.“ Die Ministerin sagte zu, auch in Zukunft für eine verlässliche Finanzierung der Leistungen in der Wohlfahrtspflege durch das Land zu sorgen. „Wo Verbesserungsbedarf identifiziert worden ist, muss gehandelt werden.“ Als vordringlichstes Thema der

nächsten Jahre bezeichnete die Sozialministerin die Sicherung des Fachkräftebedarfs im Sozial- und Bildungsbereich. Dazu gehörten die schulgeldfreie Ausbildung, eine bessere Vergütung und flexible Arbeitszeitmodelle in der sozialen Arbeit. „Wir brauchen hier mehr Wertschätzung, entschlossenes Handeln und den Mut, neue Wege zu gehen.“ ■

Altenpflegepreis dreimal vergeben

Öffentliche Ausschreibung erbrachte 14 Bewerbungen

Vor kurzem überreichte Sozialministerin Drese in Schwerin die diesjährigen Preise für hervorragende Projekte in der Altenpflege, die gemeinsam vom Landespflegeausschuss und Sozialministerium vergeben werden, an drei nominierte Einrichtungen aus unserem Bundesland. „Wir wollen damit die Leistungen in der Öff-

fentlichkeit positiv hervorheben und einen Beitrag leisten, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen“, sagte sie. Die Preisträger sind: SOZIUS Pflege- und Betreuungsdienste gGmbH aus Schwerin („Azubitage – Selbständigkeit fördern und Anerkennung stärken“), Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern („Seniorenresidenz

und Aktivzentrum Boddenhus“) und Verein Südhof Leben e. V. Rostock („Begleitung von sterbenden Bewohnern“) Der Verleihung vorausgegangen war eine öffentliche Ausschreibung. 14 Bewerbungen zu verschiedenen Themenbereichen wurden eingereicht. ■

Geld ist das Brecheisen der Macht.

Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844-1900), deutscher Philosoph

„Die Stiftung ist mir ein Herzensanliegen“

Ministerpräsidentin Schwesig wirbt für die Unterstützung des Engagements

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat die Arbeit der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern als Erfolg gewertet. „Die Ehrenamtsstiftung ist schon jetzt, nach gut zwei Jahren, nicht mehr wegzudenken“, sagte sie vor den Mitgliedern des Kuratoriums, das zu seiner vierten Sitzung im Erzbischöflichen Amt Schwerin zusammen kam. Zuvor hatte der Stiftungsrat getagt, dessen Vorsitzende Schwesig als Ministerpräsidentin ist.

Sie könne sich noch sehr gut an ihren ersten Termin als neue Ministerpräsidentin des Landes erinnern, sagte sie. Dies sei Anfang Juli die

Übergabe des 1000. Förderbescheids der Stiftung an den Stralsunder Traditionsverein gewesen. „Die beeindruckend große Zahl an erfolgreichen



Stiftung für Ehrenamt und
bürgerschaftliches Engagement
in Mecklenburg-Vorpommern

Gutes tun in MV

Projekten zeigt, dass es sehr viel ehrenamtliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Das müssen wir alle gemeinsam unterstützen.“

Mecklenburg-Vorpommern habe mit der Gründung der Stiftung eine Vorreiterrolle übernommen. Andere Länder zögen jetzt nach. So wolle Bayern 2018 ebenfalls eine Ehrenamtsstiftung ins Leben rufen.

Ihr selbst sei die Stiftung ebenso wie ihrem Vorgänger im Amt, Erwin Selering, „ein Herzensanliegen“, betonte die Ministerpräsidentin. Sie hoffe, dass die neue Bundesregierung die Gründung einer bundesweiten Ehrenamtsstiftung in Angriff nehme. In diesem Jahr förderte die Ehrenamtsstiftung im gesamten Land mehr als 400 Projekte sowohl finanziell als auch durch Beratung, Weiterbildung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. ■

Was ist digitale Gesundheitskompetenz?

In Greifswald hat sich bereits eine Projektgruppe zu einem Workshop getroffen

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat sich in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt, und Online-Informationen und mobile Anwendungen spielen eine wachsende Rolle. Zusammen mit diesen Änderungen werden Fähigkeiten zur Suche, Auswahl, Bewertung und Anwendung von Online-Gesundheitsinformationen und gesundheitsbezogenen digitalen Anwendungen immer wichtiger für die Bürger. Diese Fähigkeiten werden als „digitale Gesundheitskompetenz“ bezeichnet. Durch die Digitalisierung droht nun eine „digitale Kluft“ zu entstehen, und es werden diejenigen benachteiligt, die die oben genannten Kompetenzen nicht besitzen. Diese Hürden durch Kompetenzentwicklung abzubauen ist Ziel des Projekts IC-Health.

Mit ihm soll eine Reihe kostenloser Online-Kurse zur Verbesserung der digitalen Gesundheitskompetenz der europäischen Bürger entwickelt werden.

35 Online-Kurse entstehen in den acht beteiligten Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich). 780 Personen werden in die Mitgestaltung eingebunden, und mindestens 1000 Personen sollen die Kurse testen. Dazu werden Informationen für fünf Gruppen ausgewählt: Kinder von zehn bis 13 Jahren; Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren; schwangere und stillende Frauen, ältere Menschen über 60 Jahre sowie Patienten mit Diabetes (Typ 1 und 2)

Ziel ist, die Menschen bei der Nutzung des Internets im Zusammenhang mit Gesundheit zu stärken und zu ermöglichen, sich eigenständig Wissen anzueignen und das Selbstmanagement ihrer Gesundheit zu verbessern.

In Deutschland ist Thomas Karopka (TKaropka@gmail.com), Tel. 1754370029, als Projektkoordinator zuständig. In Greifswald hat sich bereits eine Projektgruppe zu einem

Workshop getroffen und sich für die Gesundheitskompetenz der Generation der über 60-Jährigen ausgesprochen. Dabei wurde das „Herz-Kreislauf-System“ als vordringlich ausgewählt. Von den Senioren hat sich Prof. Dr. Dr. Helmut Pratzel zur Verfügung gestellt, um ein geeignetes System vorzuschlagen, das sich besonders an die schon bestehenden Möglichkeiten der Deutschen Herzstiftung anlehnt.

Bei der Deutschen Herzstiftung (www.herzstiftung.de) sind bereits Strukturen vorhanden, die von bedeutenden Kardiologen in Deutschland entwickelt wurden, um zu allen Fragen für den Laien verständlich Stellung zu beziehen. Mit einer Übersetzung in alle europäischen Sprachen strebt Deutschland an, Vorreiter zu sein. Über Tel. 1579 2372784 ist die App der Deutschen Herzstiftung empfangbar, die entstehende Plattform zur Gesundheitskompetenz unter www.ichealthplatform.eu informieren. *hp*

Alt, aber glücklich

Ministerin Stefanie Drese: Positive Gestaltung des demografischen Wandels in unserem Land

Mehr als drei Viertel der Pflegebedürftigen in M-V werden laut Pflegestatistik zu Hause betreut, fast die Hälfte ausschließlich durch Angehörige und gut 26 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause mit Hilfe eines ambulanten Dienstes. Darauf machte Sozialministerin Stefanie Drese auf der Berliner Pflegekonferenz aufmerksam, deren Partnerland in diesem Jahr Mecklenburg-Vorpommern war. „Das liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In M-V wird der Wunsch der meisten älteren Menschen, ihren Lebensabend so lange wie möglich zu Hause zu verbringen, in außerordentlichem Maße berücksichtigt. Wir wollen als Land die engen Angehörigen der Pflegebedürftigen zukünftig aber noch besser entlasten, unterstützen und beraten“, betonte sie.

Der Grundansatz in der Pflegepolitik „ambulant vor stationär“ gehöre dazu. „Wir benötigen dazu einen intelligenten Mix aus professioneller, familiärer und ehrenamtlicher Pflege für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Deshalb wollen wir, begleitet von integrierten Pflege-sozialplanungen, in allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns diese Netzwerke sinnvoll weiterentwickeln und etablieren.“ Diese Struktur- und Hilfsangebote beginnen nicht bei der Pflege, sondern zunächst bei der stetigen Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. „Wenn Berlin von sich behauptet, arm, aber sexy zu sein, können wir stolz verkünden: ‚Mecklenburg-Vorpommern ist alt, aber glücklich‘“.

Über 600 Expertinnen und Experten und Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und der Pflegebranche trafen sich Anfang November im Westhafen Event & Convention Center zur 4. Berliner Pflegekonferenz. Innerhalb eines Symposiums („Pflege in M-V“) und eines Fachforums („M-V – Zukunft der Pflege gemeinsam gestalten!“) stellte unser Bundesland Aktivitäten und Initiativen vor, mit denen den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnet wird. Ende 2015 waren hier über 79.000 Personen pflegebedürftig. Das sind 6.700 mehr als zwei Jahre zuvor. Prognosen besagen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 auf knapp 100.000 steigen wird. ■

Auf dem Weg zum Silver-Surfer

Karin Lechner: Digitalisierung für Seniorinnen und Senioren nicht ohne finanzielle Hilfe

Einen Überblick über die Medienbildungsprojekte für Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern zu geben – das war eines der Ziele der diesjährigen Herbsttagung des landesweiten Netzwerks Medienaktiv M-V. Die Tagung, die von der Medienanstalt M-V gemeinsam mit dem Landeskriminalamt organisiert worden war, fand im Peter-Weiss-Haus in Rostock statt. Auch das Filmbüro M-V ist Mitglied. Zum Thema „Digitalisierung ohne Seniorinnen und Senioren? Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern“ wollte es eine Expertin an seiner Seite wissen. Karin Lechner: „So konnte auch ich an dieser wichtigen Veranstaltung teilnehmen und mich in die Diskussion mit meiner langjährigen Erfahrung und den sehr guten Kenntnissen über die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren

einbringen.“ Karin Lechner ist Vorsitzende des Kreissenorenbeirats Nordwestmecklenburg und Vorstandsmitglied des Landessenorenbeirats.

Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt, erläuterte: „Ziel der Tagung ist es, bereits erfolgreiche Medienprojekte, die sich Seniorinnen und Senioren widmen, sichtbar zu machen und diese zu vernetzen. Das Treffen bildet den Auftakt zu einer erstmaligen Erfassung von Medienprojekten für Ältere in M-V. Die Medienanstalt fördert seit vielen Jahren Medienbildung für Ältere, nicht zuletzt durch ihren Medienkompass, der viele Projektanregungen für die Medienarbeit mit der Generation 50+ enthält.“

Gernot Maiwald vom Mehrgenerationenhaus Torgelow berichtete, dass es eine hohe Nachfrage bei den Seniorinnen und Senioren zur Benut-

zung von Computern, Smartphones und Co. gäbe, u. a. den Wunsch, seine Memoiren am PC zu schreiben oder nach Bildbearbeitung oder zur Frage, welchen Drucker man sich kaufen sollte. Alle Projektverantwortlichen waren sich einig, dass ein großes Problem für Ältere die sehr unterschiedliche technische Ausstattung der Geräte ist. Für die meist ehrenamtlich arbeitenden Wissensvermittler ist es schwierig, bei der Vielzahl der Betriebssysteme und Versionen auf mobilen Endgeräten und PCs allgemeingültige Workshops und Kurse anbieten zu können.

Karin Lechner: „Ich selbst habe wiederholt deutlich darauf hingewiesen, dass wir ehrenamtlich tätigen Senioren nicht nur dazu da sind, um zu hel-

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

fen. Wir möchten auch mitgestalten und verändern, wozu Wissen unabdingbar ist, das allerdings nicht umsonst zu haben ist. Die finanzielle Unterstützung müsste deshalb besser sein. Ich denke dabei an einen Pool, aus dem man schöpfen könnte, und mein dringender Wunsch nach einem ‚finanziellen Topf‘ für Weiterbildungen und Fahrtkosten zu Tagungen stieß auf breite Zustimmung.“

Im Anschluss an einen Fachvortrag von Dr. Rolando Schadowski (Techniker Krankenkasse) über die Möglichkeiten der telemedizinischen Versorgung in M-V konnten sich am Nachmittag die knapp 50 Teilnehmenden in verschiedenen offenen Workshops informieren, weiterbilden und vernetzen.

Durch die fortwährende Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien erfährt auch die persönliche Lebenswelt eine zunehmende Digitalisierung. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Bundesland betrifft dies zunehmend auch die älteren Bürgerinnen und Bürger. Eine Ausbildung und Stärkung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren ist daher zwingend erforderlich. Sie hilft den älteren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur, sich in der digitalen Alltagswelt zurechtzufinden, sondern sorgt auch dafür, dass – gerade angesichts der abnehmenden Mobilität im Alltag und der strukturell ge-



Medientreff Rostock: Gernot Maiwald (Mehrgenerationenhaus Torgelow), Peter-Michael Seiler (Medienkompetenzzentrum Penzlin), Christine Dechau (Geschäftsführerin Seniorenbüro Schwerin), Birgit Grämke (Moderation, Medienaktiv M-V), Marianne Müller (Strelitzer PC-Senioren e.V.) und Kornelia Mittelstädt (Familienzentrum Neustrelitz e.V.) (v.l.n.r.)

ringen Angebote im ländlichen Raum – das Leben vereinfacht und unter Umständen auch lebenswerter wird. Weitere Informationen zur Herbsttagung finden sich unter: http://www.medienkompetenz-in-mv.de/aktuelles/563-auf_dem_weg_zum_silver_surfer.html Das Filmbüro will sein Seminarangebot für Seniorinnen und Senioren in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat weiter ausbauen, auch die Möglichkeit von regelmäßigen Treffen ist bereits in der konkreten Planung.

„Auch das Landeskriminalamt M-V beschäftigt sich mit der Medienarbeit für und mit Seniorinnen und Senioren“,

betonte Thomas Krense, stellvertretender Direktor des Landeskriminalamts. „Für uns stehen neben allen Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, auch die Gefahren im Fokus. Unsere Behörde, wie auch die gesamte Landespolizei M-V, hat sich daher seit längerer Zeit der Aufgabe angenommen, ältere Bürgerinnen und Bürger über die Chancen und Risiken der Digitalisierung zu informieren. Die Präventionsberater der Landespolizei M-V bieten Aufklärungsangebote zu unterschiedlichen Themen vor Ort an, so auch zu den Gefahren bei der Mediennutzung für Seniorinnen und Senioren.“

red

„Wir brauchen ein Fachkräfteprogramm“

Erste landesweite Studie zur Qualität der Medienbildung erschienen

Mit der Publikation „Qualität in der Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern“ erschien in Rostock die erste empirische Untersuchung zur hiesigen Situation der medienpädagogischen Facharbeitsstellen. Die Landesarbeitsgemeinschaft Medien

Mecklenburg-Vorpommern e. V. hatte innerhalb ihres Projekts „Qualität in der Medienbildung (QuiM)“ 2016 eine Onlinebefragung durchgeführt und 130 Einrichtungen und Organisationen der außerschulischen Medienbildung in MV eingeladen, daran

teilzunehmen. 30 medienpädagogische Fachkräfte hatten den Fragebogen abschließend ausgefüllt.

„Die Studie lässt erstmals gesichert Rückschlüsse auf die Anzahl der Fachkräfte und auf die Rahmenbedingungen der nicht in Schulen installierten

Medienbildung in M-V zu. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Qualitätsentwicklung in diesem, nicht nur für junge Menschen wichtigen Bildungsbereich“, sagte die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, Katharina Bluhm. Die LAG Medien MV

versteht sich als Fachverband für Medienbildung und -kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Sie fördert medienpädagogische Aktivitäten im schulischen und außerschulischen Bereich für Kinder und Jugendliche, Maßnahmen zur Medienbildung in

der Berufs- und Hochschulbildung sowie in der kulturellen Freizeitbildung und in der Erwachsenenqualifizierung in Mecklenburg-Vorpommern.

*Julia Laß
Projektleiterin*

Medienbildung ist eine Querschnittsaufgabe

Neue Studie in Schwerin vorgestellt / Es fehlen weiterhin Fachkräfte

Auf einem Fachtag zur „Qualität in der Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern“ präsentierte die Landesarbeitsgemeinschaft Medien M-V e. V. in Schwerin ihre schon genannte Studie und die damit verbundenen Schlussfolgerungen. Die Teilnehmer kamen aus der Medienpädagogik sowie aus Prävention, Politik und Verwaltung. Erstmals werden Einblicke in die Arbeitsbedingungen und Praxisfelder der Medienpädagogik deutlich und lassen gesicherte Erkenntnisse in die Medienbildungspolitik des Landes einfließen. Klar wurde auf der Konferenz: Medienbildung ist für alle Altersgruppen notwendig und wichtig. An der Schule bedeutet sie einen wichtigen Bestandteil der Arbeit außerschulischer medienpädagogischer Fachkräfte. Dabei fehlen Fachkräfte in der Medienbildung; ihre

Ausbildung ist im Land nicht institutionalisiert.

Beklagt wurden die politische Begleitung und verwaltungstechnische Organisation von Medienbildung im Land. Gefordert wurde mehr Offenheit und Einsicht für alle Altersgruppen. René Dettmann, Referent für Medienbildung und Offene Kanäle der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, würdigte die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft. Er sprach sich für eine Weiterentwicklung der Studie aus und betonte die Wichtigkeit der Arbeit medienpädagogischer Fachkräfte. Dafür seien jetzt strukturelle Voraussetzungen mit finanzieller Sicherheit notwendig. Dr. Ulrike Möller, stellvertretende Leiterin des Medienpädagogischen Zentrums im Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpom-

mern, betonte die notwendige enge Verzahnung schulischer und außerschulischer Medienbildung. Dabei sollten Fachlichkeit, Kontinuität sowie Qualität eine wichtige Rolle spielen. Dr. Guido Bröckling, JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, Büro Berlin, brachte mit der bundesweit durchgeführten Studie „Bildungspartnerschaften zwischen Schule und außerschulischen Akteuren der Medienbildung“ die Perspektive über die Landesgrenzen hinaus mit in die Tagung. Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt, rief abschließend dazu auf, Medienbildung als eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu begreifen. Dies sei jedoch noch nicht auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung angekommen. ■

Es gibt keine Altersbegrenzung

Bewerbungen um den landesweiten Medienkompetenz-Preis sind bis 17. Januar möglich

Zum 13. Mal, seit 2006, verleiht die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern jährlich den landesweiten Medienkompetenz-Preis. Er ist herausragenden Projekten gewidmet, die nachhaltige und/oder innovative Medienarbeit mit Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen durchgeführt haben. Hierbei liegt der Fokus auf dem Prozess der Medienarbeit und weniger auf der Qualität des entstandenen Produkts. Seit 2008 beteiligt sich auch das

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur daran, indem es einen Extra-Preis für Schulprojekte vergibt. Den Rahmen für die Verleihung bietet FiSH, das Festival im Stadthafen Rostock. Bewerben können sich Institutionen, Initiativen, Vereine, Verbände oder Einzelpersonen, die 2017/2018 in unserem Bundesland ein medienpädagogisches Projekt konzipiert, realisiert oder begonnen haben. Im Fokus des Bewerberkonzepts soll die Vermitt-

lung von Medienkompetenz stehen. Die Projekte können aus allen Bereichen der Medienarbeit stammen, seien es Web 2.0-Projekte im Kindergarten, Schüler-Eltern-Projekte aus dem Bereich audiovisuelle Medien oder Seniorenmedienprojekte im Jugendfreizeitzentrum – der Konzeptvielfalt sind keine Grenzen gesetzt. Eine Altersbeschränkung gibt es nicht. Besonders

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Projekte aus dem frühkindlichen Bereich und Projekte, die von und mit

Seniorinnen und Senioren durchgeführt wurden, sind aufgerufen, Bewerbungen einzureichen. Der Preis wird in zwei Kategorien verliehen. Jede Ka-

tegorie ist mit 1.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 17. Januar 2018. Bewerbungen sind unter <http://fish-festival.de/einreichung/meiko> möglich. ■

Blick zum Nachbarn – Schleswig-Holstein:

Senioren fordern Kampf gegen Altersarmut

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hatte das schleswig-holsteinische Altenparlament Nachbesserungen am Rentensystem gefordert, um Altersarmut vorzubeugen. So sollen die Löhne kräftig steigen, und Besserverdiener sollen mehr als bisher in den Rententopf einzahlen. Die derzeitige Obergrenze soll nach dem Willen der 80 Senioren entfallen. Auch freiwillige Extra-Zahlungen aufs eigene Rentenkonto sollen künftig möglich sein – als Ersatz für die umstrittene Riester-Rente. Und: Die gesetzliche Rente soll auch für Beamte und Freiberufler offenstehen, um mehr Geld ins System zu holen. Ziel müsse ein Rentensatz von 55 Prozent des letzten Einkommens sein, fordern die Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Parteien und Seniorenräten.

Außerdem regte das Altenparlament Patientenquittungen über erbrachte medizinische Leistungen an. Die Krankenversicherung soll sie den Versicher-

ten alle drei Monate zuschicken. Das soll für mehr Transparenz im Gesundheitswesen sorgen. Ärzte und Krankenhäuser sollen zudem ihre Patientenakten auf Nachfrage offenlegen müssen. Die Beschriftung auf Lebensmittel- und Medikamentenpackungen soll besser lesbar sein, und Senioren sollen in Bus und Bahn grundsätzlich nur den halben Fahrpreis zahlen.

Die mehr als 70 Vorschläge gingen an die Fraktionen des Landtags, die Landesregierung sowie die schleswig-holsteinischen Abgeordneten in Bundestag und Europaparlament. Deren Stellungnahmen bilden dann die Grundlage einer Abschlussdebatte, die für den kommenden März geplant ist. Das Altenparlament tagte in diesem Jahr zum 29. Mal.

Einen Gastvortrag über Bildung und gewaltfreie Erziehung hielt der ehemalige niedersächsische Justizminister Prof. Christian Pfeiffer. Viele Menschen meinten, dass die Kriminalität in Deutsch-

land seit Jahren steige. Das sei aber ein Irrtum, bemerkte er. Tatsächlich komme es zu immer weniger schweren Verbrechen, und dafür gebe es konkrete Gründe. „Je mehr Zeit die Menschen vor dem Fernseher verbringen, desto mehr verkennen sie die Wirklichkeit“, mahnte der frühere Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts in Hannover.

Er kritisierte insbesondere die Privatsender, die das Verbrechen ins Zentrum ihrer Programme stellten und dadurch Ängste schürten. In Wirklichkeit zeigen die Kriminalstatistiken für die vergangenen 20 Jahre fast durchweg rückläufige Zahlen, und zwar „je schwerer die Taten, desto stärker der Rückgang“. So sei die Zahl der Morde in Deutschland seit 1993 von mehr als 700 auf weniger als 100 pro Jahr gesunken. Ähnliches gelte für Raub, schwere Körperverletzung und Sexualdelikte.

Der Landtag
Parlamentszeitschrift für
Schleswig-Holstein

Kontakte bereichern das Leben

„Entgegen landläufiger Meinung sind Ältere nicht einsamer als jüngere Menschen.“ Das meint Dr. Oliver Huxold vom Deutschen Institut für Altersfragen in Berlin in einem Gespräch mit der Zeitschrift *Senioren-Ratgeber* (September 2017). Viele fitte Senioren empfinden ihre Kontakte als bereichernd. Die Studien des Psychologen, der über die Gemütslage älterer Menschen forscht, zeigen aber auch: Jeder zehnte über 65-Jährige leidet unter Einsamkeit, unter den 70- bis 85-Jährigen beschreiben sieben Prozent ihre sozialen Kontakte als nicht ausreichend oder nicht tiefgehend genug. „Einsamkeit ist immer ein subjektives Gefühl“, kommentiert Dr. Huxold. ■

Wenn die Denkleistung nachlässt

Der Hirnschwund, der zu Ausfällen des Gedächtnisses und zu Verhaltensstörungen führen kann, ist medizinisch als Alzheimer-Krankheit bekannt. Allmählich, meist nach dem 65. Lebensjahr, lässt die Denkleistung vieler Menschen nach. Für etwa 60 Prozent aller Demenzerkrankungen ist das Alzheimer-Syndrom verantwortlich. Weltweit sind rund 24 Millionen Menschen betroffen, heilbar ist die Erkrankung derzeit noch nicht. Die Bezeichnung geht auf den deutschen Psychiater und Neuropathologen Alois Alzheimer zurück, der 1901 den ersten Fall beschrieb; er trat bei einer 50-jährigen Frau auf. ■

Vorsorgevollmacht geht alle an

Neue Broschüre aus dem Justizministerium erläutert das Betreuungsrecht



Überraschungen können auch Schockmomente sein. Eine unerwartet schwere Krankheit, ein plötzlicher Unfall beim Ski- oder Autofahren oder auch der Moment, wenn die geistigen Kräfte nachlassen – das sind Situationen, die Menschen und ihre Angehörigen aus der Bahn reißen können. Es ist nicht alles im Leben vorhersehbar. Es gibt Situationen, da wünschte man sich, besser vorbereitet zu sein. Darum ist jeder gut beraten, wenn er sich rechtzeitig mit den wichtigsten Fragen beschäftigt: Was passiert mit mir in einer solchen Situa-

tion? Wer kümmert sich um mich? Wer regelt zuverlässig meine Angelegenheiten? Was kann ich noch selbst und frei entscheiden? Wo werde ich angemessen betreut?

Justizministerin Katy Hoffmeister weiß um die große Bedeutung des Themas Betreuungsrecht. „Wir haben viele Veranstaltungen, auf denen wir das Betreuungsrecht erklären“, sagt sie. Das Betreuungsrecht regelt auch, wie und in welchem Umfang bei Hilfebedürftigkeit vom Gericht ein Betreuer oder eine Betreuerin bestellt wird. Das persönliche Wohl und die persönliche Betreuung der Menschen, die Hilfe benötigen, stünden beim Betreuungsrecht im Vordergrund. „Mit einer Vorsorgevollmacht können Sie sich die größtmögliche Selbstbestimmung in Notlagen bewahren.“ 2016 wurden knapp 5.000 Verfahren über die Erstbestellung einer rechtlichen Betreuung geführt, davon rund die Hälfte von Familienangehörigen und 444 Verfahren von sonstigen ehrenamtlichen Betreuern. Insgesamt sind es aktuell fast 35.000 Betreuungsverfahren.

Das jüngst erschienene Heft „Das Betreuungsrecht“ kann und will keine persönliche Beratung ersetzen. Justizministerin Hoffmeister möchte vielmehr dazu ermuntern, im Familien- oder



Justizministerin Katy Hoffmeister

Freundeskreis über dieses bedeutsame Thema zu sprechen. „Gerade in gesunden Tagen ist es wichtig, den klaren Kopf für womöglich schlechte Zeiten zu bewahren.“ In dem Heft ist ein Formular zur Erstellung einer Vorsorgevollmacht zu finden. In ihr könne jeder die ganz persönlichen Vorstellungen und Wünsche für den Fall der eigenen Hilfebedürftigkeit festlegen. Mit der Unterzeichnung des zuvor ausgefüllten Formulars wird eine rechtswirksame Vollmacht erteilt.

Tilo Stolpe

Wie gesund sind Butter und Margarine eigentlich?

Was Sie schon immer über Fette und Öle wissen wollten

Olivöl extra, Butter streichhart, Kokosöl, Halbfettmargarine. Das Angebot an Speisefetten und -ölen ist riesig. Welches Fett schmeckt gut, welches Öl darf ich erhitzen, was ist gesund? Doch ganz so kompliziert, wie es scheint, ist die Auswahl des richtigen Fettes gar nicht. Fette versorgen uns mit fettlöslichen Vitaminen und wertvollen Fettsäuren. Sie liefern allerdings auch doppelt so viele Kalorien wie Eiweiße

oder Kohlenhydrate und sollten daher grundsätzlich sparsam verwendet werden.

Beim Kochen verbessert Fett den Geschmack von Speisen, manche Aroma- und Geschmacksstoffe entfalten ihre volle Wirkung erst bei Fettzugabe. Nicht zu unterschätzen ist auch der Eindruck, den fetthaltige Speisen auf der Zunge erzeugen, z. B. ist ein fetthaltiger Joghurt cremiger als ein Magermilchjo-

ghurt. Beim Braten überträgt das Fett die Hitze auf die Lebensmittel.

Butter oder Margarine – Was sollte man wofür verwenden? Welches Fett eignet sich besser zum Backen, Braten und als Brotaufstrich? Und wie gesund sind Butter und Margarine eigentlich?

Butter ist leicht verdaulich und schmeckt Vielen besser. In ihr stecken viele Nähr-

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

stoffe, wie z. B. die Vitamine A, D, E und K. Sie wird aus Milch hergestellt, beinhaltet also tierische MilCHFette und ist deshalb reich an gesättigten Fettsäuren. Butter eignet sich zum Backen, zum Braten aber nur bedingt.

In Margarine stecken pflanzliche Öle, Fette und Wasser. Für Geschmack und Farbe sorgen Salz, Säuerungsmittel und Farbstoffe. Häufig werden noch Vitamine zugesetzt. Im Wettstreit mit Butter hat Margarine diesen Vorteil: Die Pflanzenöle, aus denen sie hergestellt wird, sind gesünder als MilCHFett. Aber bei der Raffination der Pflanzenöle entstehen Schadstoffe, die so genannten Glycidylester. In einer aktuellen Untersuchung der Stiftung Warentest wurde in allen getesteten Margarinen dieser Schadstoff gefunden. Ihr Gehalt war aber bei den meisten Margarinen im Test sehr gering.

Vollfettmargarine ist sowohl zum Backen als auch zum Braten geeignet. Halbfettmargarine hat weniger Kalorien, ist aber aufgrund ihres hohen Wassergehalts zum Braten nicht geeignet und enthält häufig auch mehr Zusatzstoffe. Welches Fett als Streichfett verwendet wird, bleibt letztendlich Jedem selbst überlassen. Allerdings empfiehlt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung Personen mit erhöhten Blutfettwerten, Margarine mit einem hohen Gehalt an mehrfach ungesättigten Fettsäuren zu bevorzugen. Wer Butter isst, sollte aber die günstigen ungesättigten Fettsäuren im Auge behalten und auch Pflanzenöle in der Küche verwenden. Entscheidend ist neben der Art des Fettes die Menge. Mehr als 15 bis 30 Gramm Streichfett pro Tag sollten es nicht sein. Egal, ob Margarine oder Butter – man sollte sie immer dünn aufs Brot streichen.

Ist cholesterinsenkende Margarine zu empfehlen?

Seit der Jahrtausendwende sind solche Margarinen mit einem Zusatz von Pflanzensterinen in Deutschland auf dem Markt. Bei einem erhöhten Cholesterin-

spiegel sollte die Therapie mit dem behandelnden Arzt besprochen werden. Die cholesterinsenkende Wirkung dieser Margarinen ist wissenschaftlich belegt, aber Studien zeigten, dass die zugesetzten Pflanzensterine die Aufnahme bestimmter Carotinoide und fettlöslicher Vitamine verringern sowie den Pflanzensterinspiegel im Blutplasma erhöhen – beides ist nicht erwünscht. Die Margarinen sind nur für Menschen mit zu hohem Cholesterinspiegel gedacht. Für Schwangere, Stillende und Kinder unter fünf Jahren sind sie keinesfalls zu empfehlen – entsprechende Warnhinweise findet man auf der Verpackung. *Welche Pflanzenöle sollte man in der Küche verwenden?*



Pflanzenöle sind wertvolle Fette, die in jedem Haushalt eingesetzt werden sollten. Sie unterscheiden sich im Geschmack, ihren Verwendungsmöglichkeiten und hinsichtlich ihrer ernährungsphysiologischen Bedeutung.

In der kalten Küche sollten native, kaltgepresste und unraffinierte Öle verwendet werden. Kaltgepresste Öle werden nur gepresst und sind im Geschmack sehr charakteristisch durch ihre jeweilige Pflanzenart geprägt. Native Raps- und Walnussöle zeichnen sich beispielsweise durch ihr nussiges Aroma aus. Natives Olivenöl mit der Bezeichnung „extra“ wird direkt aus Oliven erster Güteklasse ausschließlich mit mechanischen Verfahren gewonnen. Werden diese Öle erhitzt, gehen wertvolle Inhaltsstoffe verloren. Da die enthaltenen Fettsäuren empfindlich sind und leicht oxidieren, ist ihre Haltbarkeit begrenzt.

Raffinierte Öle werden durch Heißpresung und anschließender Lösungsmittelextraktion gewonnen. Dadurch ist die Ausbeute größer. Das so gewonnene Öl ist aber erst einmal ungenießbar und muss gereinigt, das heißt raffiniert,

werden. Beim Raffinieren verliert das Öl seinen Geschmack und seine Farbe. Raffinierte Öle können hoch erhitzt werden und sind daher für das Anbraten gut geeignet. Sie können sowohl für Backwaren als auch zum Braten in der Pfanne verwendet werden. Zudem haben sie einen geringeren Schadstoffgehalt, sind geruchsneutral und länger haltbar. Besonders das raffinierte Rapsöl ist zu empfehlen, da es eine vorteilhafte Fettsäurekombination enthält.

Was ist von Kokosöl zu halten?

Zurzeit ist auch natives Kokosöl sehr beliebt. Die gesundheitliche Bewertung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Der häufige Verzehr wird wegen des hohen Anteils gesättigter Fettsäuren sogar eher als Nachteil angesehen. Zu manchen Gerichten passt die leichte Note nach Kokos, aber das Öl ist nicht ganz preiswert.

Wie sollte man Fette und Öle lagern?

Butter und Margarine sollten im Kühlschrank gelagert werden. Bei Wärme werden die Streichfette schnell ranzig – vor allem, wenn sie viel mehrfach ungesättigte Fettsäuren enthalten. Gekühlt hält sich Margarine normalerweise deutlich länger als Butter, zum Teil dreimal so lange.

Wie lange ein Öl haltbar ist, variiert stark. Kaltgepresstes Öl kann man verschlossen etwa ein Jahr lagern. Raffinierte Öle hingegen kann man bei kühler und dunkler Lagerung auch nach 24 Monaten noch verzehren. Sobald die Flasche angebrochen ist, sollte das Öl zügig aufgebraucht werden. Wenn ein Öl beim Öffnen ranzig riecht oder bei der Geschmacksprobe bitter schmeckt, sollte man es nicht mehr verwenden.

Fazit

Nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität des Fettes ist entscheidend. Geben Sie bei der Lebensmittelzubereitung pflanzlichen Fetten und Ölen, wie Raps- oder Olivenöl sowie daraus hergestellten Streichfetten, den Vorzug, denn sie sind reich an wertvollen ungesättigten Fettsäuren. Faustregel: Je flüs-

Fortsetzung auf Seite 22



HIER FÜHLEN WIR UNS ZUHAUSE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot
Ausflüge in die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERN PERSÖNLICH.**

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark

Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde | ☎ (039771) 201 - 0 | vitanas.de/amtierpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark

Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg | ☎ (0395) 425 62 - 100
vitanas.de/amkulturpark.generationenhaus

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark

Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg | ☎ (0395) 563 98 - 0 | vitanas.de/amkulturpark

Fortsetzung von Seite 20

siger ein Fett ist, desto höher ist der Anteil an ungesättigten Fettsäuren. Aber Achtung: Pflanzliche Öle haben genauso viele Kalorien wie tierische Fette!

Verwenden Sie feste Pflanzenfette, wie Kokosfett, wenn überhaupt, nur selten. Sie enthalten einen hohen Anteil an ge-

sättigten Fettsäuren, die für den Körper ungünstig sind. Als Brat- und Frittierfette werden sie übrigens häufig bei der Herstellung von Kartoffelchips, Pommes frites und süßen Backwaren verwendet.

Mit sichtbaren Fetten, zum Beispiel Margarine, Butter oder Ölen, sollten Sie generell sparsam umgehen. Mehr als 10

bis 15 Gramm Öl und 15 bis 30 Gramm Butter oder Margarine sollten es pro Tag es nicht sein. Und denken Sie auch daran: Das meiste Fett nehmen wir versteckt über Süßigkeiten, Knabbereien, Fleisch- und Wurstwaren, Backwaren und Milchprodukte auf.

Verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Hilfe, wenn es doch passiert ist

Wie der WEISSE RING den Opfern von Straftaten hilft

Täglich wird in den Nachrichten über Diebstahl, Betrug und Gewalt berichtet. Zu den Opfern gehören auch Senioren. Jeder kann einer Straftat ausgesetzt sein. Niemandem muss es aber peinlich sein, beispielsweise auf den so genannten Enkeltrick hereingefallen zu sein. Betrüger entwickeln immer wieder neue, psychologisch ausgefeilte Methoden, um möglichst viel Geld zu ergaunern. Seniorensicherheitsberater der Polizei, die Präventionsräte der Kreise, der Präventionsrat des Landesseniorenbeirats und die Medien geben wichtige Hinweise zum Verhalten. Es ist immer wichtig, eine Straftat bei der Polizei anzuzeigen und sich Hilfe zu holen. Leider verbirgt sich hinter dem Bedauern von Freunden, Verwandten und Nachbarn oft auch ein indirekter Vorwurf, man hätte Vorsichtsmaßnahmen nicht beachtet. Sätze wie: „Haben wir dir nicht immer gesagt...“ oder „Du wusstest doch, dass...“ möchte man eigentlich nicht hören.

Die Opferhilfeorganisation WEISSER RING e. V. bietet professionelle, neutrale Beratung für Opfer von Straftaten an. Sie ist der größte deutschlandweit wirkende Verein, der Opfern zur Seite steht. In Mecklenburg-Vorpommern hat er rund 630 Mitglieder. Es gibt ein Netz von Außenstellen – insgesamt 17 –, in denen mehr als 140 ehrenamtliche Mitarbeiter vor Ort Opfern beratend und helfend zur Seite stehen. Das reicht vom menschlichen Beistand, der Begleitung zu Polizei, Staatsanwaltschaft und zum

Gericht bis zur Vermittlung weiterer Hilfe und finanzieller Unterstützung.

Jede Außenstelle ist über eine Kontakt-nummer erreichbar. Diese findet man auf der Homepage www.weisser-ring.de, im Telefonbuch oder man kann sie



kann bei der örtlichen Polizeidienststelle erfragen. Im Zweifel kann auch das Landesbüro (Tel.: 0385 - 500 76 60) oder das bundesweite kostenlose Opfertelefon (Tel.: 116 006) den Kontakt zur zuständigen Außenstelle vermitteln.

Nach der Kontaktaufnahme vereinbart ein ehrenamtlicher Mitarbeiter einen Termin mit dem Betroffenen. Wo dieser Termin stattfindet, richtet sich in der Regel nach dem Wunsch des Opfers. Vielfach kommen die Mitarbeiter des WEISSER RINGS zu den Opfern nach Hause. Das erste Gespräch ist oft die größte

Hilfe. Zuhören, den Betroffenen mit seinen Problemen verstehen – das ist der menschliche Beistand, den viele Kriminalitätsoffer anfangs am dringendsten brauchen.

Nach dem ersten Gespräch wird geprüft, wie dem Opfer weitergeholfen werden kann. Eventuell kann es sinnvoll sein, wenn der Mitarbeiter des WEISSER RINGS den Betroffenen zu Terminen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht begleitet oder anderweitig im Umgang mit Behörden hilft. Natürlich wird auch geprüft, ob es eventuell außerhalb des WEISSER RINGS Einrichtungen gibt, die dem Opfer Hilfen anbieten und zu denen Kontakt vermittelt werden kann. Sollte durch die Straftat eine materielle Notlage entstanden sein, kommt auch eine finanzielle Unterstützung des Opfers in Betracht:

- Hilfeschecks für eine kostenlose, frei wählbare anwaltliche bzw. psychotraumatologische Erstberatung
 - Übernahme von Anwaltskosten, insbesondere zur Wahrung von Opfer-schutzrechten im Strafverfahren oder zur Durchsetzung von Ansprüchen nach dem Opferentschädigungsgesetz
 - Erholungsmaßnahmen für das Opfer und seine Angehörigen in bestimmten Fällen
 - Finanzielle Unterstützung zur Überbrückung tatbedingter Notlagen
- Diese Hilfe ist nicht an eine Mitgliedschaft im Verein verbunden.

WEISSER RING e. V.
Mecklenburg-Vorpommern

Machen Kartoffeln wirklich dick?

Ernährungsirrtümer und -mythen halten sich erstaunlich lange (II)

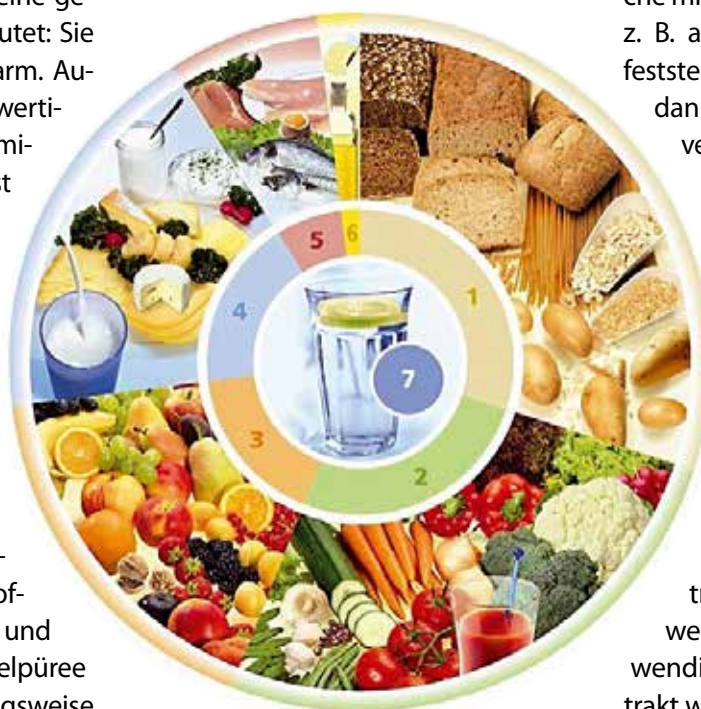
„Kartoffeln machen dick“, „Nach 18 Uhr darf man nichts mehr essen“ und „Gemüse und Obst enthielten früher mehr Nährstoffe als heute, deswegen brauchen wir auch Nahrungsergänzungsmittel.“ Auf solche Aussagen treffen wir im Alltag immer wieder. Sie halten sich hartnäckig, obwohl wissenschaftliche Nachweise entweder fehlen oder diese sogar schon längst widerlegt sind. Kartoffeln bestehen zu rund 80 Prozent aus Wasser und haben somit eine geringe Energiedichte. Das bedeutet: Sie sind tatsächlich eher kalorienarm. Außerdem liefern sie u. a. hochwertiges Eiweiß, Kalium und B-Vitamine. Die Stärke in Kartoffeln ist ein Kohlenhydrat und bietet somit auch Energie, jedoch nicht übermäßig viel. Pell- oder Salzkartoffeln sind somit sehr gute Beilagen und können bedenkenlos gegessen werden. Sparsam sollte man hingegen mit den meisten verarbeiteten Kartoffelprodukten sein. Pommes frites, Kroketten, Chips und Kartoffelecken sowie Bratkartoffeln und mit Butter versetztes Kartoffelpüree werden durch die Zubereitungsweise teils sehr fettreich und können dementsprechend auch bei regelmäßigem Verzehr dick machen.

Aber nicht nur die Lebensmittel selbst, sondern auch der Zeitpunkt einer Mahlzeit wird immer wieder als „Dickmacher“ diskutiert. Tatsächlich ist die Studienlage bezüglich später Mahlzeiten und dem Übergewichtsrisiko uneinheitlich. Der aktuelle Stand ist aber, dass die Kalorienaufnahme und der Kalorienverbrauch über den gesamten Tag entscheidend sind. Werden mehr Kalorien (also mehr Energie) aufgenommen, als verbraucht werden, so nimmt man auf die Dauer an Gewicht zu. Dies geschieht unabhängig davon, ob die Kalorien morgens, mittags oder abends zugeführt werden.

Auch hält sich die Ansicht, dass Lebensmittel früher mehr Nährstoffe als heute enthielten. Dieser Mythos entstand, weil man Tabellen früherer Analysen mit heutigen verglich. Dabei wurde aber nicht beachtet, dass sich die Analysemethoden damals und heute stark unterscheiden, was zu falschen Interpretationen führte. Lebensmittel erhalten heutzutage unverändert genügend Nährstoffe, so

fehlungen entsprechend ernährt (siehe Ernährungskreis), benötigt keine Nahrungsergänzungsmittel. Eine unausgewogene Ernährungsweise wiederum kann auch nicht vollständig durch solche Mittel ausgeglichen werden. Je nach Ernährungszustand und Krankheitsgeschehen kann aber eine Zufuhr von bestimmten Vitaminen oder Mineralstoffen notwendig sein, jedoch muss dies immer in Absprache mit dem Arzt erfolgen. Dieser kann z. B. anhand einer Blutuntersuchung feststellen, ob ein Mangel vorliegt, und dann ein entsprechendes Produkt verschreiben. Auf eigene Faust sollten keine Nahrungsergänzungsmittel eingenommen werden, da diese schlimmstenfalls zu Nebenwirkungen oder auch Wechselwirkungen mit Medikamenten führen können, insbesondere bei den oft sehr hohen Dosierungen.

Auch auf Nahrungsergänzungsmittel aus Pflanzenextrakten sollte verzichtet werden, wenn es keine medizinische Notwendigkeit dafür gibt. In einem Extrakt werden Substanzen in viel höherer Dosis zu sich genommen, als man sie durch den Verzehr des „normalen“ Lebensmittels zuführen würde, wobei Studien über die daraus resultierenden Wirkungen im Körper fehlen. Denn Nahrungsergänzungsmittel gehören rechtlich zu den Lebensmitteln und nicht zu den Medikamenten und müssen daher auch nicht auf Wirkung und Nebenwirkung geprüft werden. Hier gilt immer, dass Vorsicht besser als Nachsicht ist und man sich vorher beim Arzt informieren sollte. Auch die Verbraucherzentrale hat viele hilfreiche Informationen zu diesem Thema.



DGE-Ernährungskreis

dass man mit einer ausgewogenen Kost gut mit eben diesen versorgt ist. Sinnvoll ist es natürlich dennoch, regionale und saisonale Lebensmittel zu bevorzugen, da lange Transporte und Aufbewahrungszeiten den Nährstoffgehalt nach der Ernte negativ beeinflussen können.

Doch wenn die Lebensmittel nicht zwingend weniger Nährstoffe als früher enthalten – wozu werden dann die vielen Nahrungsergänzungsmittel auf dem Markt angeboten? Das liegt natürlich vor allem im Interesse der Hersteller.

Ein gesunder Mensch, der sich ausgewogen und somit den offiziellen Emp-

Deutsche Gesellschaft
für Ernährung e. V.

Sektion Mecklenburg-Vorpommern

Vorsicht: Falscher Polizist am Telefon

Trickbetrüger finden immer heimtückischere Tricks, um Angerufene zu verwirren

Das Telefon klingelt. Auf dem Display erscheint die 110, am Apparat – ein Polizeibeamter. Der Polizist erkundigt sich, ob Wertsachen in der Wohnung seien; man müsse diese in Sicherheit bringen bzw. Spuren sichern. Gleich würde deshalb ein weiterer Beamter vor der Haustür stehen, um die Wertsachen in Empfang zu nehmen.

So oder ähnlich versuchen derzeit Trickbetrüger im gesamten Bundesgebiet, vorwiegend ältere Menschen um ihre Ersparnisse zu bringen. Sogar vermeintliche Haftbefehle wurden schon verschickt – mit dem Hinweis, diese seien nur durch das Zahlen einer hohen Summe abzuwenden. Die Fälle häufen sich.

„Die Betrüger geben sich am Telefon überzeugend als Polizisten, zum Beispiel als Kommissare, aber auch als Staatsanwälte aus, um so auf perfide Weise das Vertrauen der Angerufenen – zumeist Senioren und Seniorinnen – zu gewinnen“, erläutert Gerhard Klotter, Vorsitzender der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Dabei nutzen die Täter eine spezielle Technik, die bei einem Anruf auf der Telefonanzeige der Angerufenen die Polizei-Notrufnummer 110 oder eine andere örtliche Telefonnummer erscheinen lässt – obwohl die Anrufer zumeist aus dem Ausland agieren.

Unter Vorwänden, wie beispielsweise: Die Polizei habe Hinweise auf einen geplanten Einbruch, gelingt es den Betrügern immer wieder, ihren Opfern mittels geschickter Gesprächsführung glaubwürdig zu vermitteln, dass ihr Geld und ihre Wertsachen zu Hause nicht sicher seien. Ein Polizist in Zivil werde vorbeikommen, um das gesamte Geld und sämtliche Wertsachen „in Sicherheit“ zu bringen. Ein anderer Vorwand ist, dass die Ersparnisse auf untergeschobenes Falschgeld überprüft bzw. Spuren gesichert wer-

den müssten; ein Polizist komme vorbei und werde Geld beziehungsweise Wertsachen abholen.

Auch auf die Konten und Bankdepots ihrer Opfer haben es die Betrüger abgesehen. Mit dem Hinweis, die Bankmitarbeiter seien korrupt, sollen die Angerufenen ihre Konten und Bankdepots leeren und einem Unbekannten, der sich als Polizist ausgibt, übergeben. Andere Betrugsoffer werden von der falschen Polizei dazu aufgefordert, per Western Union Geld ins Ausland zu überweisen, damit eine angebliche Betrügerbande festgenommen werden könne. Reagiert ein Opfer misstrauisch, wird es u. a. mit dem Hinweis, es behindere eine polizeiliche „Aktion“, wenn es nicht mitmache, unter Druck gesetzt und eingeschüchtert.

Besonders dreiste Täter gaben sich auch schon als Mitarbeiter des Bundeskriminalamts in „hochgeheimer Mission“ aus. Hatten sich ihre Opfer bereits bei der richtigen Polizei gemeldet, weil sie misstrauisch geworden waren, kontaktierten die Täter ihr Opfer erneut, um es mit dem Hinweis, diese echte Polizei sei korrupt und würde die hoch geheime Opera-

tion des Bundeskriminalamts stören, zu verwirren. Dabei scheuten sich die Betrüger nicht, gefälschte Verpflichtungserklärungen zum Beispiel eines „informellen Mitarbeiters des Bundeskriminalamts“ oder ähnliche Anschein-Dokumente zu verwenden, um ihr Opfer zu täuschen.

Neben den Anrufen wurden in jüngerer Zeit sogar Haftbefehle verschickt mit der Aufforderung, die im Schreiben genannte Geldstrafe zu bezahlen, ansonsten drohe die Inhaftierung.

Tipps der Polizei:

Die Polizei wird Sie niemals um Geldbeträge bitten.

Die Polizei ruft Sie niemals unter der Polizeinotruf-Nummer 110 an.

Das tun nur Betrüger. Sind Sie sich unsicher, wählen Sie die Nummer 110. Benutzen Sie dabei aber nicht die Rückruftaste, da Sie sonst möglicherweise wieder bei den Betrügern landen, sondern wählen Sie die Nummer selbst.

Sie können sich aber auch an das örtliche Polizeirevier wenden. Erzählen Sie den Beamten von den Anrufen. Am besten ist, wenn Sie die Nummer Ihrer örtlichen Polizeibehörde sowie die Notrufnummer 110 griffbereit am Telefon haben, damit Sie sie im Zweifelsfall selber wählen können.

Sprechen Sie am Telefon nie über Ihre persönlichen und finanziellen Verhältnisse.

Lassen Sie sich am Telefon nicht unter Druck setzen. Geben Sie Betrügern keine Chance, legen Sie einfach den Hörer auf. Nur so werden Sie Betrüger los. Das ist keinesfalls unhöflich!

Auflegen sollten Sie, wenn:

- Sie nicht sicher sind, wer anruft.
- Sie der Anrufer nach persönlichen Daten und Ihren finanziellen Verhältnissen fragt, etwa ob Sie Bargeld, Schmuck oder andere Wertgegenstände im Haus haben.

Projekt Seniorensicherheits-
berater wird finanziert durch:

PROVINZIAL



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

- Sie der Anrufer auffordert, Bargeld, Schmuck oder andere Wertgegenstände herauszugeben bzw. Geld zu überweisen, insbesondere ins Ausland.
- Sie der Anrufer unter Druck setzt.
- Der Anrufer Sie dazu auffordert, zu

Fremden Kontakt aufzunehmen, zum Beispiel zu einem Boten, der Ihr Geld und Ihre Wertsachen mitnehmen soll. Glauben Sie, Opfer eines Betrugs geworden zu sein, dann wenden Sie sich sofort an die örtliche Polizeidienststel-

le und erstatten Sie Anzeige. Weitere Informationen zum Thema „Falscher Polizeibeamter“ finden Sie unter: <http://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/betrug/betrug-im-namen-der-polizei> ■

Die richtige Ansprache ist wichtig

Landesverband der Deutschen Alzheimer Gesellschaft bildet Helfer für Demenzbetreuung aus

Seit 2013 bildet der Landesverband der Deutschen Alzheimer Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V. (DAIzG LV M-V) im Rahmen des Modellprojekts „Aufbau niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote“ engagierte Helferinnen und Helfer für die Demenzbetreuung aus. 17 Helferkreise wurden bereits aufgebaut. Zur Vorbereitung bietet der Landesverband eine kostenfreie Schulungsreihe an, in der es um das Krankheitsbild Demenz geht, den Umgang und die besondere Kommunikation mit Demenzerkrankten, um rechtliche Rahmenbedingungen sowie um die Leistungen der Pflegeversicherung. Auch das Selbstmanagement und die Situation der pflegenden Angehörigen ist wichtiger Bestandteil der Ausbildung. Die Schulung wird vom Landesamt für Gesundheit und Soziales und den Kranken- und Pflegekassen in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt und unterstützt. Am Schluss erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat als ehrenamtlicher Demenzhelfer. Bärbel Ahrens aus Graal-Müritz pflegt ihre Mutter zu Hause. Dem Landesverband berichtete sie in Rostock: „Meine Mutter ist 76 Jahre alt und erhielt vor etwa fünf Jahren die Diagnose Demenz. Vor zwei Jahren starb mein Vater, und meine Mutter lebte trotz der Diagnose allein zu Hause. Zunehmend habe ich mir immer größere Sorgen gemacht, weil sie mittlerweile vergaß, den Herd auszuschalten, zu essen vergaß oder maßlos aß und Dinge des Alltags verlegte. Im Juni 2015 habe ich meine Mut-



**Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz**

ter zu uns geholt. Das war eine gute Entscheidung. Mein Mann und ich haben das Gefühl, dass wir sie beaufsichtigen müssen, damit nichts passiert. Und das rund um die Uhr. Meine Mutter kann jetzt auch nicht mehr allein spazieren gehen, weil sie sich in der Umgebung nicht mehr zurechtfindet.

Vor kurzem hatte sie eine Phase, in der sie um vier Uhr aufstand, sich wusch, in ihr Zimmer setzte und so lange wartete, bis ich zu ihr kam – manchmal zwei Stunden lang. Seitdem versuche ich immer, v o r meiner Mutter aufzustehen. Ich schaue, ob sie schon wach ist und hole sie zum Frühstück. Danach schaut sie fern. So habe ich eine bis zwei Stunden Zeit, um meinen alltäglichen Aufgaben nachzugehen. Mein Mann und ich sind noch berufstätig, deshalb haben wir in den Vormittagsstunden vier ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die uns (in der Woche abwechselnd) bei der Betreuung meiner Mutter tatkräftig unterstützen. Sie gehen mit ihr spazieren, lesen oder basteln.“

Eine Mittagsruhe lehnt die Mutter ab. Nachmittags sitzt sie mit der Tochter und dem Schwiegersohn im Garten. Sie „begrüßt“ den Frosch und liest viel. Inzwischen ist ein funktionierendes Hilfesystem entstanden. „Die Pflegekassen übernehmen einen

Großteil der Finanzierung im Rahmen der Urlaubs- und Verhinderungspflege“, sagt Bärbel Ahrens. „Darüber hinaus erhalten wir monatlich einen Entlastungsbetrag für Unterstützungsangebote im Alltag in Höhe von 125 Euro. Das reicht aber bei weitem nicht aus, und deshalb finanziere ich weitere Unterstützungsangebote selbst.“ Sehr dankbar ist sie für die Unterstützungsangebote des Landesverbands der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Elvira Müller baute in Graal-Müritz eine Schulung für pflegende Angehörige auf. Sie wird heute von Katja Zarm geleitet. Dass die Angebote der Gesellschaft noch nicht in dem gewünschten Maß angenommen werden, begründet Bärbel Ahrens so: „Ich glaube, viele haben ein Problem damit, andere in die eigene Häuslichkeit zu lassen, in die eigene Privatsphäre. Ihnen sage ich: Haben Sie den Mut und lassen Sie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu sich nach Hause kommen. Sie sind qualifiziert und wissen, was sie tun. Es ist für Sie ein echter Gewinn, auch wenn Sie befürchten, dass das Angebot vom Ihrem Erkrankten abgelehnt werden könnte. Häufig lässt er sich umstimmen. Das habe ich in der Angehörigenschulung gelernt.“

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Mit dem Betreuungsangebot haben die Erkrankten eine willkommene Abwechslung im Alltag.

Dass ich auf Katja Zarm getroffen bin, ist ein Glücksfall. Ich kann nun anders mit der Erkrankung meiner Mutter umgehen. Zuvor war ich hilflos. Ich konnte meiner Mutter nichts mehr erklären, ich konnte ihr keine Brücke mehr bauen. Ich war so verzweifelt, dass ich sie in einer Pflegeeinrichtung unterbringen wollte, das

aber war nicht die Lösung. Heute bin ich dankbar, dass ich an der Schulung teilnehmen konnte. Sie vermittelte mir umfangreiches Wissen zum Krankheitsbild Demenz und gab mir einen Überblick über die vielen Unterstützungsangebote. Das Wichtigste, was ich gelernt habe, ist, die Art meiner Ansprache zu ändern. Denn wenn mein erkrankter Angehöriger ungehalten reagiert, liegt es oft daran, dass ich ihn mit der Komplexität des Gesagten oder mit der Sprechgeschwindigkeit überfordere. Ich selbst

kann etwas verändern, weil mein Gehirn noch funktioniert. Von meinem erkrankten Angehörigen kann ich das nicht mehr erwarten. Menschen mit Demenz brauchen Geduld und Einfühlungsvermögen.“

Weitere Infos: Katja Zarm und Janine Grundmann-De Simone, Projektmitarbeiterinnen der Deutschen Alzheimer Gesellschaft in Rostock; Tel. 0381 – 208 754 02, E-Mail: k.zarm@alzheimer-mv.de oder 0381 – 208 754 01 E-Mail: j.grundmann@alzheimer-mv.de

Ein tragfähiges Netz an Dienstleistern

Pflegestützpunkte in Nordwestmecklenburg kooperieren mit Klinikum und Mehrgenerationenhäusern

Mit der feierlichen Eröffnung durch Manuela Schwesig starteten die Pflegestützpunkte in Nordwestmecklenburg vor nun fast fünf Jahren ihre Arbeit. Seither gab es maßgebliche gesetzliche Veränderungen im Bereich der Pflege, und auch in Zukunft wird kein Stillstand aufkommen. Im ganzen Land steht der Pflegesektor vor großen Herausforderungen: Fachkräftemangel, geringe Dichte von barrierefreiem Wohnraum, schwierige Sicherstellung der Versorgung im ländlichen Raum und, ganz wichtig, wie wollen und können Menschen mit pflegerischem Bedarf oder Behinderungen in Würde leben? Und wie kann das finanziert werden?

Um den Menschen im Land eine Hilfestellung bei der eigenen Vorsorge und Versorgung im Kontext der (drohenden) Pflegebedürftigkeit zu geben, gibt es die Pflegestützpunkte in ganz Mecklenburg-Vorpommern (siehe Infokasten). Sie vermitteln Informationen und Unterstützung – welche Ansprüche der Gesetzgeber auf Unterstützung vorgesehen hat und wie man den Alltag damit gestalten kann. Über die Pflegestützpunkte lässt sich auf ein tragfähiges Netzwerk an Dienstleistern zugreifen. In Nordwestmecklenburg



kooperieren die Pflegestützpunkte, neben den Senioren- und Behindertenbeiräten, mit dem Sana Hanse Klinikum in Wismar. Das sichert den Patienten des Krankenhauses und den Klienten des Pflegestützpunkts eine lückenlose Beratung und Unterstützung. Zum Beispiel kann sichergestellt werden, dass für im Krankenhaus aufgenommene Anträge auch nach dem Aufenthalt ein Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung steht. Mitunter ist es im Krankenhaus nicht abschätzbar, wie sich der Hilfebedarf zu Hause entwickelt und ob es bereits sinnvoll ist, einen Pflegegrad zu beantragen. Dann können die Mitarbeiter des Pflegestützpunkts im Anschluss an die stationäre Behandlung bei den Menschen zu Hause eine ausführliche Beratung durchführen und gegebenenfalls gemeinsam alles Weitere veranlassen.

Weitere Partner sind u. a. die Mehrgenerationenhäuser in Wismar und Kirchdorf. Gemeinsame Veranstaltungen

gehören ebenso zur Kooperation wie die Unterstützung beim Aufbau der Gruppen, in denen Ehrenamtliche jede Woche Menschen mit Demenz betreuen. Diese vom Landesverband der Alzheimer Gesellschaft initiierten Projekte laufen bereits seit 2014. Durch die gute Zusammenarbeit steht sowohl den Ehrenamtlichen als auch den Betroffenen und Angehörigen ein Ansprechpartner zur Seite. Besonders in den vergangenen Jahren, mit ihren mehrfachen gesetzlichen Änderungen im Bereich der Pflegeversicherung, hat sich ein solides Vertrauensverhältnis entwickelt. Dieses möchten wir im kommenden Jahr zu unserem fünfjährigen Jubiläum würdigen und planen daher im Mai und Juni 2018 Thementage an unseren Standorten in Nordwestmecklenburg. Bis dahin freuen wir uns auf Ihren Besuch!

*Ihr Team der Pflegestützpunkte
Nordwestmecklenburg*

Lotsen, die selbst Rentner sind, helfen gern

Zum Welttag des Internets am 29. Oktober startete die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen bereits zum sechsten Mal die BAGSO-InternetWoche.

Bis zum 12. November führte sie etliche Veranstaltungen zu den Themen Computer und Internet durch. Älteren Menschen eine möglichst selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, ist eines der wichtigsten Ziele der 1989 gegründeten BAGSO. Das Internet gewinnt dabei eine immer größere Bedeutung. Die BAG-



SO hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen entwickelt, um älteren Menschen den Einstieg in dieses Medium zu erleichtern und ihre Medienkompetenz zu fördern, etwa durch den Einsatz technikaffiner Lotsen, die selbst bereits im Seniorenalter sind. Der 2008 erstmals erschienene Wegweiser durch die digitale Welt konnte bereits mehr als 300.000 Mal kostenlos verteilt werden. Mit Unterstützung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) erscheint der Ratgeber in diesem Monat in achter Auflage.

Neben der Hilfestellung für ältere Internetnutzerinnen und -nutzer stellt die BAGSO auch Forderungen an die Politik und die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik. Sie erwartet, dass Strategiekonzepte auf Bundes- und Landesebene zur Digitalisierung der Gesellschaft um verbindliche Ziele und konkrete Maßnahmen für die digitale Bildung älterer Menschen ergänzt werden. Diese und weitere Forderungen sind in dem aktuellen Positionspapier „Ältere Menschen in der digitalen Welt“ zusammengefasst und im Internet unter www.bagso.de zu finden. ■

Gesundheitskompetenz beeinflusst Gesundheitsverhalten

Die Ergebnisse einer Studie zur Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland, die an der Universität Bielefeld entstand, belegen, dass die Gesundheitskompetenz unmittelbar das Gesundheitsverhalten von Menschen beeinflusst. So hat eine niedrige Gesundheitskompetenz einen schlechteren subjektiven Gesund-

heitszustand und ein ungünstiges Ernährungs- und Bewegungsverhalten zur Folge. Prof. Dr. Doris Schaeffer von der Fakultät für Gesundheitswissenschaften erläuterte sie auf der BAGSO-Jahrestagung in Dortmund.

Die Vorträge auf der Zusammenkunft wiesen außerdem nach: Eine ausgewogene Ernährung führt zur Vermeidung

auch ernährungsbedingter Erkrankungen. Allen Menschen – vom ersten Lebenstag bis ins hohe Alter – sollte eine gesunde Lebensweise ermöglicht werden. Eine zentrale Frage war auch, wie man besondere Zielgruppen älterer Menschen, etwa sehr zurückgezogen lebende Seniorinnen und Senioren, erreichen kann. ■

Nutzerfreundliche Onlineportale für ältere Menschen

Die Onlineportale „Gesund & aktiv älter werden“ und „Älter werden in Balance“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind von der BAGSO in Bonn als „nutzerfreundlich“ ausgezeichnet worden. Die beiden Internetangebote seien für Seniorinnen und Senioren eine

hilfreiche Unterstützung im Alltag, die Anregungen zur Bewegungssteigerung zeigen sich interessant, und die Darstellung der Übungen rege zum Mitmachen an, erklärte BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering. „Wir wissen aus zahlreichen Befragungen älterer Menschen,

dass sie sich auch in Gesundheitsfragen zunehmend des Internets bedienen“, meinte er. „Flackernde Elemente und schwer nachvollziehbare Menüs wirken jedoch abschreckend, so dass viele ältere Nutzerinnen und Nutzer die Seiten wieder schnell verlassen.“ ■

Es gibt einen Warnhinweis: „Falsche Mails“

Derzeit werden E-Mails mit dem Betreff „Rechnung“ oder „Scan“ versendet, die u. a. das BAGSO-Pressereferat

als Absender angeben. Diese E-Mails stammen nicht von der BAGSO und könnten Trojaner im Anhang enthal-

ten. Anhänge oder Links sollten auf keinen Fall geöffnet werden! ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

„Regionale Demografie“ ist unterschiedlich

Zu seiner dritten Mitgliederversammlung traf sich der Seniorenbeirat des Landkreises Ludwigslust-Parchim im Solitärgebäude des Landkreises in Parchim. Als Referent zum Schwerpunktthema „Demografie und Altersarbeit“ konnte der Landtagsabgeordnete Dr. Wolfgang Weiß, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Landwirtschaft, ländliche Räume, Landesentwicklung, Infrastruktur, Religionen und Kirchen – einer der anerkannten Experten auf dem Gebiet der Demografie – gewonnen werden.

Der demografische Wandel begann bereits in den siebziger Jahren, erläuterte Dr. Weiß. Um Lösungswege für die Politik zu finden, sei es notwendig, den Generationenwechsel in Zeit und Raum zu erfassen und zu verstehen. Er finde immer über einen längeren Zeitraum statt und beziehe sich auf eine Region, z. B. einen Landkreis, ein Bundesland oder die gesamte Republik. Um eine „ausgeglichene Bevölkerungsstruktur“ zu erhalten, so Dr. Weiß weiter, sei es um so wichtiger, auch den Anteil von Frauen und Männern, die Infrastruktur, den ÖPNV, die soziale Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulen, Ärzten sowie auch vorhandene Arbeitsplätze in die Betrachtung ein-



Ilona Mundt-Schalk, Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, bedankt sich bei Dr. Wolfgang Weiß für seine Ausführungen.

Foto: Thomas Lüth

zubeziehen. Außerdem spreche man von einer „regionalen Demografie“, die in Ost und West sowie in Ballungsgebieten und ländlichen Bereichen sehr unterschiedlich ausfällt.

Es sei ein sehr komplexes Thema, äußerten übereinstimmend Barbara Borchert, Vorsitzende des Ausschusses Familie, Gesundheit und Soziales des Kreistags, sowie Nico Conrad, Vorstandsvorsitzender des Kreisjugendrings Ludwigslust-Parchim. Hier gehe es u. a. auch um die schrittweise konsequente Umsetzung der Experten-

vorschläge im Landkreis mittels des noch zu beschließenden „Kreisenwicklungskonzepts 2030“. Dies werde nicht leicht sein und bedürfe großer Anstrengungen aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte, so Frau Borchert.

Über Handlungsfelder und die inhaltliche Struktur des „KEK 2030“ sowie über die eingegangenen Vorschläge der Einwohner, Organisationen und Verbände des Kreises informierte Alex Samur, Mitarbeiterin im Fachdienst Regionalmanagement und Europa. Gerade wegen der Komplexität werde das Konzept schrittweise und gezielt umgesetzt. Gefordert seien dabei sowohl die Politik und die Wirtschaft als auch jeder Einzelne von uns, merkte Frau Samur an. Im Bereich der seniorenspezifischen Themen, wie der medizinischen Versorgung, der Mobilität, Barrierefreiheit, Kultur sowie der Schaffung von modernen Wohnformen für ein selbstbestimmten Lebens im Alter, ergäbe sich eine Vielzahl an Aufgaben für die gesamte Gesellschaft, so das Fazit der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirats, Ilona Mundt-Schalk, am Ende der interessanten und informativen Veranstaltung.

Bernd Thieke/Anett Nuklies

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Gesprächsrunden mit OB und Bundestagskandidaten

Innerhalb der 6. Greifswalder Seniorentage hatten die EWN-Senioren (ehemalige Mitarbeiter der Energiewerke Nord) zu einer Gesprächsrunde mit Oberbürgermeister Dr. Stefan Fassbinder (Grüne) eingeladen. Rund 80 Zuhörer waren gekommen, darunter Vertreter des Kreissenorenbeirats Vorpommern-Greifswald mit seinem Vorsitzenden Herbert Kautz. Die Themen reichten von Graffiti über Unkraut, Kleingarten-

pachten, reparaturbedürftige Straßen in der Stadtrandsiedlung, falsche Ampelregelung an einer Kreuzung und fehlende Radwege bis zu Hafengebühren für Segler. Auch ein wünschenswertes Stadtmuseum kam ins Gespräch, zumal der OB, selbst Historiker, vor längerem schon den Abschnitt der Greifswalder Nachkriegsgeschichte konzipiert hatte. Außerdem wurden Gedanken zu einem Technikmuseum angesprochen.

Nicht immer gab es die Antwort von Dr. Fassbinder. Einmal ging er auf die Frage vom Moderator gar nicht ein. Er wurde gefragt, warum die Stadt Flächen für den Caravan-Stellplatz nicht verkaufe. Darauf antwortete der OB nicht, erklärte stattdessen, dass er über den Investor sehr verärgert sei. Die Ostsee-Zeitung meinte: „Schließlich würden andere Investoren auch auf Pachtland investieren.“



Die Interessengemeinschaft Senioren der Energiewerke Nord GmbH und des ehemaligen Kernkraftwerks Greifswald hatte, wie auch bei früheren Wahlen, zur Bundestagswahl die örtlichen Kandidaten zur Diskussion an zwei getrennten Tagen eingeladen. Im Juli kamen Kerstin Kassner von den Linken, die bereits eine Periode im Bundestag „hinter sich hatte“, und Philipp Amthor von der CDU, der erstmals kandidierte und nun mit 25 Jahren als derzeit jüngster Abgeordneter mit Direktmandat im Bundestag sitzt. Trotz unterschiedlicher Standpunkte vermittelten beide ihre Einstellung zur Arbeit im Bundestag, in dem sie inzwischen sitzen. Leider musste sich der FDP-Kandidat entschuldigen. Im August empfingen wir Sonja Steffen als bereits altgediente Vertreterin der SPD, Patrick Meinhardt von der FDP und von der AfD Leif-Erik Holm, den ehemaligen Vorsitzenden der Land-

tagsfraktion. Die vierte Kandidatin, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, entschuldigte sich. Bis auf den Vertreter der FDP wurden die restlichen drei Kandidaten gewählt.

Es war für uns ein interessanter Nachmittag. Nach den Statements konnte jeder Kandidat über Ziele und auch Ergebnisse berichten. Frau Steffen setzte sich für die Sanierung des Doms und für das Projekt Kultur- und Initiativenhaus (Straze) ein. Sie sprach auch über kostenlose Kinderbetreuung, sichere Renten und gegen eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Zu letzteren musste ich Einspruch einlegen, denn meine beiden Söhne sind bei der Marine. Herr Meinhardt unterstützte mich mit den Worten: „Die deutsche Freiwilligenarmee müsse bestmöglich und nicht schlechter als andere ausgestattet werden.“ Er sprach über den „Akademikerwahn“ und auch über die Förderung beispielsweise der Kern-

fusionsforschung in Greifswald und sowie über eine Einwanderungsregelung je nach Bedarf. Herr Holm kritisierte die „ungesteuerte Massenzuwanderung nach Deutschland“ und sprach sich für unterstützende Maßnahmen rund um die Länder der Flüchtlinge aus, um diese dazu zu bewegen, in der Heimat zu bleiben. Er lobte die naturwissenschaftliche Ausbildung in der DDR und kritisierte den Kernenergieausstieg in Deutschland. In diesem Punkt hielt er sich an den Teil „Energie“ des Wahlprogramms seiner Partei.

Das nächste Wahlforum wird im nächsten Jahr sein, denn für den Landkreis Vorpommern-Greifswald wird eine neue Landrätin bzw. ein Landrat gesucht, da die bisherige Amtsinhaberin, Dr. Barbara Syrbe, zu der wir einen guten Draht haben, in Rente gehen will.

Leonhard Bienert

Sprecher der EWN-Senioren

Am Ende gab es ein „Kapitäns-Dinner“

„Mit Freude in Schwung bleiben“ – unter diesem Motto fanden zum sechsten Mal die jährlichen Seniorentage in Greifswald statt. Zahlreiche Vereine und Verbände konnten für die Ausgestaltung und Durchführung von Veranstaltungen rund um die Themen Kultur, Sport und Information gewonnen werden. Durch einen von der Bürgerschaft gewährten finanziellen Zuschuss blieben fast alle Programmpunkte kostenfrei. Erstes Highlight war die Eröffnungsveranstaltung im Rathaus mit einer Podiumsdiskussion zu den Themen Stadtentwicklung, Nahverkehr und

Bezahlbarer und seniorengerechter Wohnraum in Greifswald. Rede und Antwort standen die Vorsitzenden der Wohnungsgesellschaften WVG, Klaus-Peter Adomeit, und WGG, Jan Schneidewind, die Behindertenbeauftragte Monika Kind und die Greifswalder Bausenatorin Jeanette von Busse.

Ihr Interesse an der Arbeit des Seniorenbeirats Greifswald bekundeten allein durch ihre Anwesenheit die Vorsitzenden des Kreis- und des Landesseniorenbeirats, Herbert Kautz und Bernd Rosenheinrich, der extra aus Schwerin angereist war und sich in die Diskussion einbrachte. Im

Anschluss sorgte Leif Tennemann für Unterhaltung.

Sportliche Betätigung wie Frisbee-Scheiben werfen, Walking, Fit durch Radfahren mit Wissensquiz, bei denen auch das regnerische Wetter die Teilnehmer nicht schreckte, waren gut besucht. Die Ausstellung mit Aktionen rund um das Thema „Mobil und sicher im Alter – Hilfe für zuhause und unterwegs“ durch die Initiative Leben und Wohnen im Alter (ILWIA e.V.) war ebenfalls ein voller Erfolg. Neben vielen weiteren Veranstaltungen und

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Aktivitäten wurden die Seniorentage im Boddenhus Greifswald mit einem „Kapitäns-Dinner“ beendet.

Alles in allem waren sind die Seniorentage von den Interessierten gut angenommen worden. Die positive Resonanz sowohl von den mitwirkenden Veranstaltern als auch den

Teilnehmern bestätigten das vom Seniorenbeirat erstellte Programm und dessen Arbeit.

Anita Weiß
Mitglied des SB-Vorstands

Rückblick auf 15 Jahre Seniorenbeirat Seebad Ueckermünde

Der Seniorenbeirat Seebad Ueckermünde besteht seit 2002. Im September beging er mit einer Feierstunde, zu der auch Gäste eingeladen waren, sein 15-jähriges Bestehen. Schauen wir zurück, so können wir einschätzen, dass sich der Seniorenbeirat aktiv und ehrenamtlich für die alten und älteren Bürger einsetzt. In vielen abwechslungsreichen Veranstaltungen haben wir versucht, allseitig über unsere Aufgaben und Aktivitäten zu informieren. Schwerpunkte waren stets die Sicherheit, die Betreuung, Pflege, das Wohlbefinden und die Versorgung der Senioren in den Betreuungseinrichtungen. Eine Reihe von Senioren bzw. ihre Angehörigen konnten wir schon bei der Auswahl eines Heimplatzes beraten. Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, der Polizei dem Pflegestützpunkt Pasewalk und den Vereinen wirkte sich positiv auf unsere Arbeit aus. Besonders bei den Veranstaltungen zur Verkehrssicherheit und bei den Vortragsreihen der Se-



Joachim Trikojat, stellvertretender Bürgermeister des Seebads Ueckermünde und Seniorenbeauftragter, gratuliert dem SB-Vorsitzenden Manfred Quägber.

Foto: Marlen Deutsch

niorensicherheitsberater von der Kriminalpolizei zu Themen, wie Einbruch, Einbrüche und sonstige Betrugsversuche ging und geht es uns um die Sicherheit der Bürger. Mit diesen Veranstaltungen wollen wir sie aufklären und schützen. Bei den Erfahrungsaustauschen mit den Seniorenbeiräten Strasburg, Anklam, Eggesin und den Senioren des EWN Greifswald/Lubmin sowie bei der Besichtigung von Seniorenpflegeeinrichtungen konnten wir vor Ort Erfahrungen für unsere Arbeit sam-

eln. Wir stellten fest, dass in jedem Seniorenbeirat unterschiedliche Arbeit, stets aber im Interesse der Senioren, geleistet wird.

Der Seniorenbeirat und der Behindertenverband werden bei der Schaffung von bestimmten Baumaßnahmen, wenn es um altersgerechten und barrierefreien Wohnraum geht, zu Rate gezogen. Damit werden das Seniorenmitwirkungs-gesetz des Landes und das Seniorenleitbild der Stadt erfolgreich umgesetzt. Mit dem „Seniorenwegweiser“ gaben wir den Bürgern ein Dokument in die Hand, aus dem sie sich über Kulturangebote, Einkaufsmöglichkeiten oder medizinische Versorgung informieren können. Einen entscheidenden Anteil hat der Seniorenbeirat auch daran, dass Ueckermünde in den Jahren 2007 und 2009 als „Seniorenfreundliche Kommune“ ausgezeichnet werden konnte.

Manfred Quägber
Vorsitzender

In Pasewalk gibt es drei Arbeitsgruppen

Mit einem Faltblatt macht der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Pasewalk auf sich aufmerksam. Den Vorsitz hat Carola Kapitzke inne, ihre erste Stellvertreterin ist Renate Kroll, die zweite Brigitte Klüver. Hinzu kommen Ingrid Sosoth als Schatzmeisterin und Karla Klug als Schriftführerin. Es gibt drei Arbeitsgruppen: Die erste, geleitet von Renate Kroll, ist für

Bildung und Schulungen für Senioren zuständig; sie organisiert Weiterbildungsveranstaltungen, führt sie durch und ist außerdem für Prävention, Gesundheit und Bewegung verantwortlich. Die Arbeitsgruppe 2 (Leiterin Karla Klug) beschäftigt sich mit der Gestaltung eines seniorenfreundlichen Umfelds und bietet Orts- und Stadtbegehungen an.

Der dritten Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Brigitte Witte obliegt die Pressearbeit sowie der Erfahrungsaustausch mit dem Senioren- und Behindertenbeirat des Kreises Vorpommern-Greifswald. Sie führt die Chronik des Beirats, wertet die Info-Boxen aus und vertritt die Interessen der Senioren und Behinderten vor dem Stadtparlament. ■

HANSESTADT ROSTOCK

Tag der Älteren zum dritten Mal

Im Jahr 1990 hat die UN Generalversammlung den 1. Oktober zum Welttag der älteren Menschen erklärt, seit 1991 wird er am 1. Oktober begangen. In der Hansestadt Rostock luden, wie in den vergangenen Jahren auch schon, der VdK-Ortsverband und der Seniorenbeirat Seniorinnen und Senioren ein, diesen Tag gemeinsam zu begehen, um auf noch vorhandene Defizite im Umgang mit den älteren Bürgerinnen und Bürgern der Stadt hinzuweisen – aber auch, um den

Blick auf schon Erreichtes zu richten. Freundlich unterstützt wurden die Akteure vom Gesundheitsamt der Hansestadt.

Nach der Begrüßung durch den Senator für Jugend, Soziales und Asyl, Stefan Bockhahn, Stellvertreter des Oberbürgermeisters, wurde der Film „Bis zum Horizont, dann links“ gezeigt, der sich auf nicht ganz ernst zu nehmende Art und Weise mit dem Alltag in Pflegeeinrichtungen auseinandersetzt, und der von den Gästen mit Humor

aufgenommen wurde.

Bei Kaffee und Kuchen, begleitet von anregenden Gesprächen und Diskussionen, ging dieser zum dritten Mal durchgeführte Tag der Älteren zu Ende. Auf eine Wiederholung im nächsten Jahr können sich die älteren Rostocker bereits jetzt freuen, denn der 1. Oktober ist fester Bestandteil im Terminkalender von VdK und Seniorenbeirat.

Erika Drecoll

Vorsitzende des Seniorenbeirats

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Was die Stadtvertreter dazu meinen

„Leben im Alter – Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ – das war das Thema der September-Sitzung des Neubrandenburger Seniorenbeirats. „Nachdem uns hierzu im Februar die Stadtverwaltung ihren Standpunkt dargelegt hatte“, heißt es im *Info-Blatt* 4/2017 des Beirats, „wollten wir diesmal hören, wie die einzelnen Fraktionen der Stadtvertretung und die einzelnen Parteien ihre Einordnung für die Älteren vorgenommen haben.“ Erschienen waren neben der Stadtpräsidentin Irina Parlow Dr. Diana Kuhk, Fraktionsvorsitzende der CDU, Toni Jaschinski, Fraktionsvorsitzender DIE

LINKE, Prof. Dr. Roman Oppermann (SPD), Stellvertreter der Stadtpräsidentin, sowie Andreas Wegner, Bündnis 90 / Die Grünen / Piratenpartei.

Neubrandenburg ist als seniorenfreundliche Kommune gut aufgestellt. Trotzdem gibt es noch Verbesserungsbedarf, etwa bei der Versorgung mit Fachärzten, beim ÖPNV, bei den Treffpunkten für Mittagstische, bei den Radwegen oder bei kulturellen Veranstaltungen am Nachmittag. „Die Generationen entfernen sich zunehmend voneinander“, heißt es im Bericht des Seniorenbeirats, der Begriff „Nachbarschaftshilfe“ sei deshalb ganz wörtlich zu nehmen.

Die Sozialplanerin der Stadt, Frau Lövenich, stellte die „Auswertung der Befragung der Nutzung der Seniorenbegegnungsstätten“ vor. Von 400 ausgegebenen Fragebögen wurden 300 zurückgegeben. Die durchschnittliche Zufriedenheit lag bei 87 Prozent. Die Mobilität der Befragten war hingegen nicht so hoch wie erwartet. Genutzt werden hauptsächlich Einrichtungen der näheren Umgegend. Das ehrenamtliche Engagement lässt sich durch mehr Motivierung und die Unterbreitung passender Angebote weiter steigern. ■

Ratgeber wurde aktualisiert

„Wir sehen die geballte Lebenserfahrung Älterer als wertvollen und unverzichtbaren Schatz, den es zu bewahren gilt.“ Das hebt der Vorsitzende des Neubrandenburger Seniorenbeirats, Peter Lundershausen, in seinem Vorwort zum aktualisierten Ratgeber „Älter werden in Neubrandenburg“ hervor, für den der Beirat verantwortlich ist. Eine zunehmend

älter werdende Gesellschaft bringe auch Herausforderungen hervor, „aber dies als lästiges Problem zu verstehen ist demütigend und würdigt die dahinterstehenden Lebensleistungen nicht“. Dem stimmt auch Oberbürgermeister Silvio Witt zu und ermuntert in seinem Grußwort, sich aktiv einzubringen und die Angebote des Ratgebers zu nutzen: „Die Stadt

Neubrandenburg braucht das Wissen und die Erfahrungen aller Generationen.“

Detaillierte und reich bebilderte Informationen gibt es zu örtlichen Begegnungsstätten und Treffpunkten, zu Pflegestützpunkten und Pflegeheimen, zu Pflegediensten und Mehr-

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

generationshäusern. Breiten Raum nehmen Wohnen im Alter, Kultur und Sport sowie Selbsthilfemöglichkeiten ein, auch Friedhöfe und Bestattungs-

wesen gehören dazu. Sicherheit, Seniorengärten und die Neubrandenburger Tafel e. V. vervollständigen die Thematik.

Auf der Herbsttagung des Landeseniorenbeirats im Oktober in Banzkow

bei Schwerin stellte der Seniorenbeirat der Vier-Tore-Stadt auch eigene Flyer vor, in denen er sich detailliert vorstellt und zum Mitwirken, Mitgestalten und Mitbestimmen einlädt: „Willst auch Du dabei sein?“ ■

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Internationale Begegnung in der Partnerstadt Pila

Anfang Oktober nahmen Schweriner Seniorentainerinnen des Seniorenbüros und Vertreter des Seniorenbeirats unter Leitung des Beiratsvorsitzenden Siegfried Schwinn in der polnischen Partnerstadt Pila an der 19. Internationalen Seniorenbegegnung teil. Sie übergaben dem dortigen Bürgermeister ein Grußschreiben des Oberbürgermeisters Dr. Rico Badenschier und ein Bild des Schlosses. Eingeladen hatte der Verein Pro Senior, den es dort seit 16 Jahren gibt.

Deutlich wurde: In Europa werden die Menschen immer älter: In einigen Jahren ist jede vierte Person ein Senior. Dies stellt die Politik vor eine neue Herausforderung, auf die wir uns einstellen und auch die Jugend mit einbeziehen müssen. Senioren haben ein moralisches Recht darauf, Hilfe zu erhalten. Das gilt nicht nur für die Kin-



Siegfried Schwinn bei seinem Vortrag

der, auch der Staat muss sich kümmern. Eindrucksvoll wurde erläutert, dass sich die Senioren weiterentwickeln und heute ein anderes Potenzial bieten als noch vor 20 Jahren – sie können die Wirtschaft unterstützen, aber dann muss man sie auch fördern. Den Teilnehmern wurden verschiedene Formen der Aktivierung und Pflege vorgestellt: Pila beispielsweise hat

ein Aktivierungszentrum geschaffen, wo die Senioren kostenlos in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, etwa in Mal-, Handarbeits- und Fotozirkel oder im Computerclub, tätig sein können. Außerdem gibt es verschiedene Sportgruppen. Der Verein Arche in der Stadt konzentriert sich auf die Familienpflege zu Hause. Vorgestellt wurde auch das Projekt einer Wohneinrichtung für pflegebedürftige Senioren. Siegfried Schwinn hob in seinem Vortrag hervor, dass es in Mecklenburg-Vorpommern laut Gesetz ein Seniorenmitwirkungsrecht gibt. Er sprach aber auch von Altersarmut, Pflege-notstand und fehlenden barrierefreien Wohnungen. Es waren vier hochinteressante und lehrreiche Tage der Begegnung mit polnischen und russischen Senioren und Fachleuten.

Manfred Augsten

Volkssolidarität bietet Musterwohnung mit Technik-Hilfe

Bärbel Meyer ist beeindruckt. Nur zur Probe legt sich die rüstige Rentnerin in ein Pflegebett und lässt sich von Sensoren abtasten. „Was es nicht alles gibt!“, sagt sie bei ihrem Besuch der neuen Musterwohnung in der Friedrich-Engels-Straße 40 im Schweriner Stadtteil Großer Dreesch. Für das ehrgeizige Projekt hat der Landesverband der Volkssolidarität schon kurz nach Eröffnung der Einrichtung im Sommer den Landespräventionspreis im Gesundheitsbereich erhalten. Bärbel Meyer ist besonders vom vollautomatischen Lichtsystem ange-

tan. „Das beleuchtet mir den nächtlichen Weg ins Bad ja von ganz allein“, sagt sie. Die Rentnerin wohnt gleich nebenan. Ihre Wohnung sei wirklich gemütlich, aber ein bisschen seniorengerechter könnte sie schon sein, meint sie. Mit der Musterwohnung, der angeschlossenen Begegnungsstätte „Friedrichs“ und dem neuen ambulanten Pflegedienst „Die Pflegefüchse“ will der Landesverband der Volkssolidarität einen Rundumservice für ältere Menschen in dem Plattenbaugebiet anbieten. „Senioren bekommen bei uns quasi

alles aus einer Hand“, erklärt VS-Landesgeschäftsführerin Kerstin Liebich. „Der Hausnotruf gibt ihnen Sicherheit zu Hause. Die Musterwohnung zeigt ihnen Lösungen, wie sie so lange wie möglich selbstständig in ihren eigenen vier Wänden leben können. Der ambulante Pflegedienst ermöglicht eine Pflege zu Hause. Und die Begegnungsstätte lädt zur Gemeinschaft ein, um soziale Isolation und Einsamkeit möglichst nicht aufkommen zu lassen.“ Ralf Glück, Chef des VS-Hausnotrufs, führt durchs Haus. Notrufsystem,

Pneumatiktaster, Falldetektor – die Auswahl ist groß, die Bedienung seniorenleicht. „Wir haben für viele Notsituationen die richtige Lösung“, erklärt der Fachmann. Um die Hemmschwelle hinsichtlich Technik zu senken, hat die Volkssolidarität eine ganz nor-

male Plattenbauwohnung seniorenrecht umgebaut und mit allerlei technischen Raffinessen ausgestattet. Bärbel Meyer probiert in der Musterwohnung noch einiges aus. Ob sie sich entscheiden kann? „Ich bin auf jeden Fall am Überlegen“, sagt sie.

Die Musterwohnung in der Friedrich-Engels-Straße 40 dienstags und donnerstags von 9 bis 16 Uhr oder auch nach Vereinbarung besichtigt werden – Tel. (0385) 30 34 7303.

Juliane Fuchs

Ehrung mit Feierstunde für jahrelange Mitgliedschaft

Der Ortsverbandsvorstand der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Schwerin hatte kürzlich seine Jubilare eingeladen, um sie für ihre langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu ehren. Es ging um vier Mitgliedschaften von 70 Jahren. Gewürdigt wurden auch die Jubiläen 25, 40, 50 und 60 Jahre. Unter der Leitung von Siegfried Döge kümmert sich die EVG liebevoll um ihre ehemaligen Eisenbahner. Die Ortsseniorenleitung führt in der Landeshauptstadt regelmäßig Treffs durch. Hier werden soziale, gewerkschaftliche sowie po-



Detlef Matschke (rechts) vollzog die Ehrungen.

litische Themen besprochen. Einmal vierteljährlich werden alle Mitglieder der Gewerkschaft zu einem Seniorentreff eingeladen.

Der Vorstand des Ortsverbands mit Detlef Matschke zeigte den Gästen der Feierstunde einen Film über den Verlauf und das Geschichtliche der Eisenbahn. Gespräche aus der vergangenen Arbeitszeit – das gehörte auch dazu. Mit einem großzügigen Präsentkorb im Arm wurde glücklich die Heimreise, zum Beispiel nach Wismar, angetreten.

Karin Lechner

LANDKREIS ROSTOCK

Ein aktionsreicher Oktober des Seniorenbeirats Krakow am See

Auf der Vorstandssitzung am 9. Oktober befassten wir uns mit den noch anstehenden Aufgaben für 2017. Dazu gehörten eine „Landpartie“ zum Landwirtschaftsbetrieb der Familie Ritsema in Reimershagen, die Vorbereitung des Jahresberichts und die Jahresabschlussveranstaltung am 20. November, die Beratung mit dem Sozialausschuss sowie der Ausblick auf 2018. Familie Ritsema bereitete uns in Reimershagen einen herzlichen Empfang, und wir erhielten umfangreiche Informationen zur Entwicklung des Milchviehbetriebs. Ein toller Tag für Alle – wir sagen: Herzlichen Dank! Eine sehr wichtige Erkenntnis nahmen wir mit: Die Familie führt ihren Betrieb sehr sozial eingestellt, und wir konnten uns davon überzeugen, dass es hier auch gelebte Integration gibt.



Landwirt Piet Ritsema erklärt Mitgliedern des Seniorenbeirats die Milchviehanlage in Reimershagen.

Ein schönes Erlebnis brachte der 17. Oktober. Auf Initiative von Frau Reinholdt und weiterer Frauen der Kleiderkammer steckten wir, gemeinsam mit dem Stadtvertreter Frank Eilrich, Zwiebelpflanzen (Tulpen, Osterglocken und Narzissen) am Ausblick und entlang des Seniorenwegs. Danach gab

es Kaffee und Kuchen sowie ein anregendes Gespräch mit dem Stadtvertreter. Am Abend fand eine gemeinsame Beratung von Sozialausschuss und Seniorenbeirat zur künftigen Zusammenarbeit der Generationen in der senioren-, kinder- und jugendfreundlichen Stadt Krakow am See statt. Hierzu machte Jürgen Poleratzki, Ehrenvorsitzender des Seniorenbeirats, den Vorschlag, im kommenden Jahr einen ersten Generationsdialog mit Persönlichkeiten der Stadt durchzuführen. Das wäre eine Grundlage für die Erstellung des Gesamtkonzepts zur Zusammenarbeit aller Vereine, der Schule, den Kitas, von Unternehmen und der Politik mit den Kindern und Jugendlichen in der seniorenfreundlichen Stadt.

Seniorenbeirat Krakow am See

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Seniorenportgruppen: Neue Kurse werden gebraucht

Seniorenport ist so beliebt wie nie zuvor, die Nachfrage nach Seniorensportgruppen steigt stetig. Das Angebot der Sportvereine im Landkreis Nordwestmecklenburg und in der Hansestadt Wismar ist vielfältig, und viele Seniorinnen und Senioren möchten gern teilnehmen. Leider sind mittlerweile die Teilnehmerkapazitäten der Kurse erreicht, so dass keine weite-

ren Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgenommen werden können. Der Kreissenorenbeirat hat sich kurzfristig mit dem Kreissportbund Nordwestmecklenburg darauf verständigen können, dass zeitnah weitere Angebote geschaffen werden sollten. Daher werden alle Interessierten gebeten, sich beim Kreissportbund zu melden. Und unter dem Motto „Sport

verbindet“ übernimmt der Kreissportbund die Koordination zur Einrichtung weiterer Sportkurse. Infos: Kreissportbund Nordwestmecklenburg e. V., Ansprechpartner sind Kerstin Groth und Thomas Meyer, Telefon: (03841) 32 65 88 0, E-Mail: info@ksb-nwm.de, Internet: <http://www.ksb-nwm.de>

Karin Lechner

Wismar im Rennen um den Deutschen Engagementpreis 2017

Jährlich zeichnet der Deutsche Engagementpreis freiwillig engagierte Menschen und Organisationen aus und würdigt den Einsatz für eine lebenswerte Gesellschaft. Die Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, Karin Lechner aus Wismar, Botschafterin der Wärme 2017, wurde dafür vom Verbundnetz der Wärme vorgeschlagen, einem von insgesamt 232 Ausrichtern von Engagement- und Bürgerpreisen. Bundesweit waren 685 herausragend engagierte Menschen und ihre Organisationen für diesen Dachpreis nominiert. Karin

Lechner beteiligte sich in der Kategorie „Generationen verbinden“ und gewann den mit 5.000€ dotierten Preis. „Eine solche Arbeit kann man nie allein bestreiten“, meinte Karin Lechner. „Man braucht dazu Netzwerke mit vielen Mitstreitern.“ So mietete sie die Kogge im Wismarer Hafen, um mit Vertretern aus Vereinen und Verbänden weiterhin den Dialog zu führen. Sie bedankte sich recht herzlich für die geleistete ehrenamtliche Arbeit: „Wir wollen gemeinsam unsere Arbeit weiterführen.“

Alle waren sich einig: „Wir wollen nicht nur helfen, sondern wir möchten auch verändern!“ Bei herrlichem Segelwetter erreichten nach drei Stunden alle glücklich den Heimathafen. Der Deutsche Engagementpreis stärkt die Anerkennung von freiwilligem Engagement und würdigt den Einsatz für eine lebenswerte Gesellschaft. Als Dachpreis macht er das bürgerschaftliche Engagement der Menschen in Deutschland und all jene, die dieses Engagement durch die Verleihung von Preisen ehren, sichtbar. *kl*

Ein Treffpunkt auch in der Altstadt

Im November trafen sich in Gadebusch Interessierte, die im Veranstaltungsgebäude der Museumsanlage einen Treffpunkt für Seniorinnen und Senioren aus der Altstadt einrichten wollen. Elli

Brusch, die Vorsitzende des Seniorensportbeirats, erhofft sich davon ähnliche Möglichkeiten, wie sie schon im Neubaugebiet herrschen: gemeinsames Singen, Basteln und andere Aktivitäten. Die

Leitung würde Brigitte Schmidt übernehmen. Sie war ehemals Sekretärin am Gadebuscher Gymnasium und möchte auch im Ruhestand noch tätig sein – sie häkelt, strickt, backt und kocht gern. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Sassnitz – ein Rückblick auf dieses Jahr

Es war ein ereignisreiches Jahr für den Seniorensportbeirat der Stadt Sassnitz – sowohl im personellen Bereich (Vorstand) als auch auf politisch-gesellschaftlicher Ebene (Wahlen in der Bundesrepublik). Das hatte zur Fol-

ge, dass 14 gemeinsame Vorstandssitzungen bzw. Arbeits- und Projektgespräche stattfanden, der Einfachheit halber meist zusammen mit der Seniorenwählergemeinschaft. Es wurden acht Mitgliederversamm-

lungen zu verschiedenen Themen durchgeführt, zum Teil auch zusammen mit den Mitgliedern des Seniorensportbeirats der Insel Rügen. Wichtig war auch ein Projekttag zur generellen Arbeit der Seniorensportbeiräte, zusam-

men mit den Seniorenbeiräten von Binz und Putbus.

Im Juli fand eine viel beachtete Mitgliederversammlung im Saal des Rathauses zum Thema „Wo drückt der Schuh?“ statt, an dem 25 Bürger und Bürgermeister Frank Kracht, seine Stellvertreterin Gabriele Thiele und die Leiterin des Bauamts, Claudia Klemens, teilnahmen. Hier konnten im direkten Frage-Antwort-Verfahren Klärungen erreicht werden bzw. Vereinbarungen über die weitere Verfahrensweise. Allerdings konnten auch einige Dinge „korrigiert“ werden, die sachlich falsch dargestellt worden waren. Wichtig war zu erreichen, dass bei den die Allgemeinheit bzw. die Bürgerschaft betreffenden Vorhaben eine rechtzeitige Einbeziehung Aller erfolgt, um unnötige Reibereien zu vermeiden. Dazu herrschte volle Übereinstimmung, was auch von einigen Bürgern als erfreulich bezeichnet wurde.

Die Mitgliederversammlung war mit einer Prioritätenliste vorbereitet worden, die den Bürgern bekannt war und die der Verwaltung zur Abarbeitung rechtzeitig vorlag. Anfang Mai wurde Gerd Slowy einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt, zuvor

erhielt Eugen Kozik als Dank für seine langjährige Tätigkeit das Ehrenamtsdiplom des Landes. Gleichzeitig wurde er zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Andreas Pfaffe wurde einstimmig zum Stellvertreter gewählt.

Nächster organisatorischer Höhepunkt war die Vorbereitung und Durchführung des „Internationalen Tages der Senioren“, zusammen mit dem Tag der Sicherheit, im September im Stadthafen Sassnitz. Das Ganze war nur möglich durch die erfreuliche Hilfe der Stadtverwaltung, des Seniorenbeirats des Landkreises und des Seniorenbeirats der Insel Rügen sowie durch weitere Seniorenbeiräte. Trotz des schlechten Wetters war es eine gelungene Veranstaltung. Allen Organisatoren, dazu Polizei, Hundestafel, Feuerwehr, Fahrradkodierung, DRK und den Seenotrettern sei herzlichst gedankt. Teilgenommen hatten 66 Senioren der Insel Rügen und rund 130 Besucher und Gäste. Die nächste Veranstaltung dieser Art wird 2019 stattfinden, da 2018 der Ehrenamtsball ansteht. Zwischenzeitlich wurde an mehreren Fachtagungen und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen, die zum Teil in Schwerin, Stralsund und Rostock stattfanden.

Der Vorstand des Seniorenbeirats ist derzeit dabei, seine Satzung zu ändern. In allen Dokumentationen und Veröffentlichungen ist immer die Rede davon, dass nur Mitglied werden kann, der wenigstens das Alter von 55plus hat. Diese Definition ist nirgendwo wissenschaftlich hinterlegt und rechtlich zu erfassen. Wir sind der Meinung, dass Ehrenamtsarbeit in Zeiten, in denen viele jüngere Menschen aus unterschiedlichen Gründen keiner geregelten Arbeit nachgehen können, auch ihnen offen stehen sollte. Der Jahresbericht soll nicht enden, ohne denen Dank zu sagen, die uns durch großzügiges Sponsoring die Arbeit erst möglich machen. Dazu gehören die Bäckerei Peters, der Getränkehandel Becker Sagard, Mukran-Port und viele Privatpersonen. Generell stellte der Seniorenbeirat fest, dass in diesem Jahr der Fahrradverkehr besonders ungeordnet in der Stadt verlief und dass Autofahrer die Vorschriften der StVO nicht so genau nehmen (Fahren entgegen der Einbahnstraße, kaum noch Anzeigen der Richtungsänderung und Abstellen der Fahrzeuge, wo eben Platz ist).

*Gerd Slowy
Vorsitzender*

Mehr Sicherheit für Senioren im Rollenspiel

Am 9. Oktober fand im Nachbarschaftszentrum Stralsund-Grünhufe der Seniorensicherheitstag des Landkreises Vorpommern-Rügen statt. Organisiert hatte die Veranstaltung der Kommunale Präventionsrat des Landkreises unter Federführung der Verantwortlichen Kati Bischoff. Ziel war die Vorstellung von Projekten zum Thema „Seniorensicherheit“. Vereine, Verbände, Organisationen, die Polizei, die Verkehrswacht, der Weiße Ring und Seniorenbeiräte des Landkreises waren mit Informationsständen vertreten. Landrat Ralf Drescher hob in seiner



Die Mitglieder des Seniorenbeirats Peter Sobottka, Hildegard Koepe, Brunhilde Tobias und Giesela Müller (v. l. n. r.) auf dem Seniorensicherheitstag

Fortsetzung auf Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

Eröffnungsrede die Wichtigkeit der Präventionsarbeit auf allen Ebenen hervor und dankte für das ehrenamtliche Engagement. Der Seniorenbeirat Stralsund präsentierte das Projekt „Senioren sicher ans Netz – Mach mit!“. Seit 2011 werden regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt, in denen die Handhabung des Computers und des Smartphones gelehrt und auf die Gefahren im Netz verwiesen wird, die

durch Gutgläubigkeit oder fehlenden Softwareschutz entstehen können. Das Zusammenwirken zwischen Seniorenbeirat und den ehrenamtlichen Sicherheitsberatern zum Thema „Alltagskriminalität“ ist ebenfalls zu nennen. Auch das Projekt „Seniorinnen ans Lenkrad“ wurde vorgestellt. Interessant und lehrreich waren die durch den Veranstalter organisierten Rollenspiele mit Situationen, die den Senioren tagtäglich passieren können. (z. B. Enkeltrick, Haustürgeschäfte, Hand-

taschenraub). Jutta Lüdecke, Mitglied des Seniorenbeirats und Leiterin der Arbeitsgruppe Ordnung, Sicherheit und Gleichstellung, wirkte bei diesem Bühnenprogramm mit. Das Publikum honorierte die Aufführung mit viel Beifall. Der Seniorensicherheitstag wurde von allen Beteiligten genutzt, um ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen auszutauschen.

Giesela Müller
AG Öffentlichkeit und Medien

Schwellenlose Übergänge im „Knieperhaus“

Im Stralsunder Stadtgebiet Knieper West macht im Heinrich-Heine-Ring das Knieperhaus auf sich aufmerksam; es verbindet genossenschaftliches Wohnen mit individueller Pflege, Betreuung und Rehabilitation. Dazu hat sich die Wohnungsgenossenschaft „Aufbau“ eG Stralsund mit der Uhlenhaus Group zusammengetan, einem auf verschiedene Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens spezialisierten Unternehmen. Ein 1976 errich-

tetes Wohngebäude wurde komplett umgestaltet zu 91 barrierearmen Wohnungen der Größe Ein-, Andert-halb- und Zweiraum. Schwellenlose Übergänge, bodengleiche Duschen und eine hausinterne Rufanlage gehören dazu. Balkone, Aufzugsanlagen und eine großräumige Sommerterrasse vervollständigen den Eindruck. Hinzu kommen ergo- und physiotherapeutische Angebote des Rehasentrums mit Schwerpunkt Altersme-

dizin. In einem Gemeinschaftsraum sind Familienfeiern, Mittagstisch und verschiedenartige Veranstaltungen möglich. Der Bau des Knieperhauses, für den die Wohnungsgenossenschaft „Aufbau“ 6,2 Millionen Euro aufbringt, versteht sich als ein „Baustein bei der Umsetzung unseres Gesamtziels zur Reaktion auf den geografischen Wandel“, heißt es in einer Konzeptbeschreibung beider Unternehmen. ■

Der digitale Patient

Rund 45 Prozent der Deutschen können sich vorstellen, ihren Arzt zumindest gelegentlich per Video zu konsultieren. Das geht aus einer Studie des neuen Projekts „Der digitale Patient“ der Bertelsmann Stiftung hervor. Diese hat die Bevölkerung und Experten befragt sowie internationale Quellen ausgewertet. Demnach sind Video-Sprechstunden bei vielen Behandlungsanlässen genauso gut wie ein Praxisbesuch. Der virtuelle Kontakt kann den persönlichen allerdings nicht ersetzen. Neben dem Erstkontakt zwischen Arzt und Patient gibt es etwa körperliche Untersuchungen, die ein persönliches Treffen erfordern.

Jeweils rund ein Viertel der Befragten gibt an, Video sei ein geeigneter Kontaktweg bei allgemeinen Fragen ohne körperliche Untersuchung, bei Beratungsgesprächen beispielsweise zur Ernährung oder bei der Besprechung von Befunden. ■

Eine Spirale mit schrecklichem Ende

Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden in Deutschland zu Hause versorgt. Wenn dann beispielsweise Kinder ihre alten Eltern, die sie pflegen, töten, erscheint dies als ungeheuerlicher Tabubruch. Und die Gewalt gegen Hilfsbedürftige hat viele Gesichter: Beschimpfung, Vernachlässigung, grobes Anfassen, blaue Flecken, Entmündigung – oft eine Spirale mit schrecklichem Ende.

Manche Angehörige behaupten, sie hätten ihr Opfer aus der Pflegeabhängigkeit erlösen wollen. Wer Gewalt gegenüber kranken Angehörigen ausübt, fühlt sich oft überfordert. Kranke und Alte sind nicht selten schwierig im Umgang, die Pflege wird zur unerträglichen Last. Die familiäre Nähe, die eigenen vier Wände können zur Falle werden. Pflegenden Kinder oder Ehepartner verbindet eine gemeinsame und nicht selten ambivalente Geschichte mit den Pflegebedürftigen. Doch ans Tageslicht kommen nur wenige Fälle häuslicher Gewalt, selbst viele Ärzte erkennen die Symptome nicht. dlf

Keine Partei darf hinwegsehen

Paritätischer Wohlfahrtsverband mahnte dringende Sozialreformen an

Dringende Sozialreformen mahnte der Paritätische Wohlfahrtsverband in einem offenen Brief an die Parteispitzen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen anlässlich der erfolglos gebliebenen Sondierungen zu einer Jamaika-Koalition an. Notwendig seien Investitionen in den Sozialstaat und ein umfassendes und konsequentes Reformpaket, um der wachsenden sozialen Unsicherheit entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. „Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes muss in den nächsten vier Jahren zentrales Ziel für eine jede Bundesregierung sein. Keine Partei

kann es sich erlauben, über die sozialen Schieflagen in Deutschland und die Nöte der vielen auf Hilfe und Unterstützung angewiesenen Menschen einfach hinwegzusehen“, betonte Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands.

Unterschiedliche Gruppen dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. „Ganz unabhängig von Weltanschauungen ist es jetzt ein Gebot der Vernunft, Sozialpolitik so zu gestalten, dass keiner zurückgelassen und alle mitgenommen werden: Kinder, Alte, alle Menschen“, ergänzte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

In einem gemeinsamen Brief mahnen Rosenbrock und Schneider konkrete Maßnahmen und Reformen an, insbesondere im Kampf gegen Kinder- und Altersarmut. Die Forderungen reichen von der Einführung einer einkommensorientierten und bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung bis zur Stärkung der gesetzlichen Rente unter anderem durch die Anhebung und Stabilisierung des Rentenniveaus. Besonders dringlich seien darüber hinaus Maßnahmen gegen die anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit sowie Reformen in den Bereichen Bildung, Pflege, Wohnen und in der Asyl- und Integrationspolitik. ■

Stückwerkpolitik hilft hier nicht

Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Mittelpunkt der Kritik

Deutliche Kritik am Armuts- und Reichtumsbericht der vorigen Bundesregierung hat der Paritätische Wohlfahrtsverband geübt und dringenden politischen Handlungsbedarf angemahnt. Der neue Bericht belege zwar faktenreich die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, zu deren Bekämpfung biete er jedoch nur ein „Sammelsurium von Konjunktiven“.

„Der Umfang der sozialen Polarisierung steht in krassem Gegensatz zu den nun veröffentlichten Plänen und angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung. Es wird nicht erkennbar, dass

die Bundesregierung Armut entschieden bekämpfen will“, kritisiert Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. „Wir brauchen einen sozial- und steuerpolitischen Richtungswechsel, keine heiße Luft“.

Der Armuts- und Reichtumsbericht dokumentiere beispielsweise, dass 84 Prozent der Bevölkerung zwischen 2010 und 2015 eine Zunahme von Armut festgestellt hätten und dass in der Vergangenheit auch Kinderarmut und Ungleichheit gewachsen seien. Die Bundesregierung formuliere in ihrer erstmals veröffentlichten Schlussfolgerung dennoch nur wenige, unzusammenhän-

gende Vorschläge dagegen.

Der Paritätische forderte deshalb ein Gesamtkonzept gegen Armut und Ausgrenzung, für sozialen Zusammenhalt. „Die Bundesregierung ist aufgefordert, verbindliche Ziele und Maßnahmen zum Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit zu formulieren. Stückwerkpolitik hilft nicht“, betont Schneider. Zwingende Voraussetzung für eine effektive Armutsbekämpfung sei eine solidarische Steuerpolitik. „Wer den Leuten weismachen will, Armutsbekämpfung bekäme man zum Nulltarif, streut Sand in die Augen.“ ■

Teilhabe und Würde im Alter ermöglichen

Deutschland hatte auf der 4. UNECE-Ministerkonferenz in Lissabon den Vize-Vorsitz

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner, nahm im September in Lissabon an der 4. UNECE-Ministerkonferenz zu Fragen des selbstbestimmten Alterns teil („A

sustainable society for all ages – Realizing the Potential of living longer“ / „Eine nachhaltig wirkende Gesellschaft für alle Lebensalter – Umsetzung des Potenzials für längeres Leben“).

Ältere Männer und Frauen wollen bis

ins hohe Alter gut und selbstbestimmt leben und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. Das unterstützt die Bundesregierung mit zahlrei-

Fortsetzung auf Seite 38

Fortsetzung von Seite 37

chen Maßnahmen. Dazu gehört auch eine möglichst lange währende gute Gesundheit. Elke Ferner: Ein zentrales Thema in der europäischen und internationalen Seniorenpolitik sei allerdings auch die Pflege. Der Anteil pfe-

gebedürftiger Menschen steigt und stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. „In Deutschland hinken die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Altenpflege im europäischen Vergleich immer noch hinterher. Die Reform der Pflegeberufe ist ein erster wichtiger Schritt, jetzt müssen

weitere folgen.“

In ihrer Abschlusserklärung wollen die 56 UNECE-Mitgliedstaaten unter anderem das Ziel formulieren, die Qualität in der Pflege weiter zu fördern sowie die Ausbildung von Nachwuchskräften und die Arbeitsbedingungen von Pflegenden zu verbessern. ■

Erste Anlaufstelle für den beruflichen Einstieg

Enge Kooperation mit den Mehrgenerationenhäusern wird fortgesetzt

Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley und Valerie Holsboer, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA), haben noch vor der Bundestagswahl die enge Zusammenarbeit zwischen den Mehrgenerationenhäusern und der BA bekräftigt. Eine Kooperationsvereinbarung beider Partner hat das Ziel, die niedrigschwelligen Aktivitäten der Mehrgenerationenhäuser und die Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsmarktintegration sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege auszubauen und zu intensivieren. Die Vereinbarung gilt mindestens für die zunächst geplante vierjährige Laufzeit des am 1. Januar gestarteten Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus.

„In den Mehrgenerationenhäusern fühlen sich die Menschen wohl. Hier ist jede und jeder willkommen und wird wertgeschätzt. Dies schafft das nötige Vertrauen, um sich mit seinen

Fragen, aber auch Ängsten, die mit einem Berufseinstieg oder einem Wiedereinstieg verbunden sind, zu öffnen und neue Wege zu gehen“, so Bundesministerin Dr. Barley.

Auch Valerie Holsboer ist überzeugt von der Kooperation: „Ob Berufsrückkehrende, Jugendliche in der beruflichen Orientierungsphase oder Menschen, die erst mal die deutsche Sprache erlernen und vertiefen wollen, bevor sie beruflich Fuß fassen können – die Mehrgenerationenhäuser sind eine unkomplizierte und niedrigschwellige Anlaufstelle. Das Angebot in den Häusern ist vielfältig und vor allem praktisch ausgerichtet: Von Sprachkursen über Beratungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer lokalen Arbeitsagenturen und Jobcentern bis hin zur Möglichkeit, die eigenen Interessen und Fähigkeiten im Rahmen eines freiwilligen Engage-

ments zu entdecken und zu vertiefen.“ Mit der Kooperationsvereinbarung knüpfen das BMFSFJ und die BA an die Vereinbarung aus dem Vorgängerprogramm „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II“ an, die Basis für individuelle Kooperationsvereinbarungen zwischen den einzelnen Mehrgenerationenhäusern und ihren lokalen Arbeitsagenturen und Jobcentern war und eine konstruktive Zusammenarbeit vor Ort beförderte.

Das Bundesprogramm mit seinen bundesweit rund 550 geförderten Mehrgenerationenhäusern eröffnet den Häusern eine neue Flexibilität hinsichtlich der Auswahl der Angebote zur Gestaltung des demografischen Wandels. Sie können nun vor Ort noch gezielter agieren.

Weitere Informationen unter www.mehrgenerationenhaeuser.de

Betroffene haben keine Sicherheit

BIVA fordert Transparenz bei der Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen

Gute Pflege hängt unmittelbar mit der Anzahl und der Qualifikation des Personals zusammen. Deshalb unterstützt die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V. die Standpunkte von ver.di. Notwendig sei aber auch eine bessere Information der zu Pflegenden über die reale Personalsituation in den einzelnen Heimen.

Schon bevor in frühestens drei Jahren ein bundeseinheitliches Personalbemessungsverfahren eingeführt wird, müssen gegen die ungleiche und unzureichende Personalausstattung Maßnahmen ergriffen werden. Ergänzend zu den Forderungen von ver.di nach einem höheren Personalschlüssel fordert die BIVA kurzfristig eine flächendeckende Veröffentlichung der

Soll- und Ist-Zahlen der tatsächlichen Personalausstattung in den Einrichtungen. „Der Haken bei den bestehenden und geplanten einheitlichen Personalschlüsseln ist, dass diese nicht verbindlich sind und Betroffene daher keine Sicherheit haben, von ausreichend vorhandenem Personal gepflegt zu werden“, klagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender der BIVA. ■

Lebenserwartung steigt auch in Südamerika

Finanzielle Alterssicherung wächst sich zu einem gravierenden Problem aus

In absehbarer Zeit wird sich auch in Südamerika der Alterungsprozess enorm beschleunigen. Zu dieser Feststellung kommt Dr. Karl-Dieter Hoffmann vom Zentralinstitut für Lateinamerikastudien der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, in einem Beitrag für die Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Gab es 1975 erst vier Prozent der Bewohner in der Altersstufe 65plus, so waren es 2013 in Uruguay bereits 13,9 Prozent. Die sozioökonomisch fortgeschrittensten Staaten Chile und Argentinien folgen mit rund zehn Prozent.

Die Lebensdauer der über 65-Jährigen nimmt stetig zu. Eine Frau dieses Alters hat noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von 18,6 Jahren, die sich bis 2055 um weitere 3,4 Jahre erhöhen dürfte. Bei Männern sieht der Jahresvergleich so aus: 16,1 plus 2,8 Jahre. Die allgemeine durchschnittliche Lebenserwartung soll bis zur Jahrhundertmitte auf 80,3 Jahre steigen. Im Gegensatz dazu liegt die Geburtenziffer (Fertilitätsrate) dann nur noch bei 1,8 – notwendig wären 2,1. Die finanzielle Alterssicherung entwickelt sich deshalb immer

mehr zu einem der wichtigsten Probleme.

Der Politikwissenschaftler meint: „Europa und Nordamerika hatten im Vergleich zu Lateinamerika ungleich mehr Zeit, um sich den Herausforderungen einer stetig alternenden Bevölkerung anzupassen.“ In Ländern „mit breitenwirksamer Altersversorgung“ seien weniger als fünf Prozent der über 80-Jährigen noch immer beruflich tätig, in Peru, Honduras und Nicaragua hingegen steigt diese Zahl auf nahezu 20 Prozent.

ric

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,
Gleichstellung und Soziales Mecklen-
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
7. November 2017; Redaktionsschluss
für Nr. 1/2018: 15. Februar 2018

Wo sünd mien Jöhren bleben?

Wo sünd mien Jöhren bleben?

Sei flögen as de Wind –
Un hüt noch is mi eben,
as wier ick gistern Kind.

Wo sünd mien Jöhren bleben?

Dei Wulken wiern sei glik.
Mi is, as harr ick eben
noch spält mit Nahwers M'riek.

Wo sünd mien Jöhren bleben!

Sei leten gor kein Läus.
Mi is, ick hödd soeben
noch up de Brak de Gäus.

Wo sünd mien Jöhren bleben!

Verflagen sünd s' as Rok –
Un süll ick s' nochmals läben,
ick würr ok denn nich klauk.

Helmuth Schröder (1842-1909)



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de